

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Brtingegel.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 %
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 %
Versammlungsanzeigen 10 %. Beilagen nach Uebereinkunft.

Chrenpflicht der Kollegen ist es, den Zuzug streng fernzuhalten nach Bremerhaven, Lehe, Geestemünde und Bremen, woselbst unsere Kollegen ausgesperrt sind; ferner nach Eilenburg, wo die Kollegen seit Monaten im Kampf stehen, und nach Leipzig, wo ein großer Kampf bevorsteht.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Halle a. d. S. (Telegramm.) 500 Tischler und Maschinenarbeiter in Lohnbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten. Schnabel.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Dnabrück, Prag, Eilenburg, Offenbach, Wilsbruff, Rowawes (Schmager), Baberhorn, Cottbus, Treuenbriezen (Ed. Weber und Krojanf), Herne i. W., Ralf bei Glin a. Mh. (Humbold), Moskau, Aschaffenburg, Emben, Dibernau (Paul und Gustav Reuter), Schwetibus, Pargham (Behrens), Sorau (Neugebauer), Leopoldshall bei Staffurt (Paul Thiemel), Mühlhausen i. Thür. (C. Kleeberg);
- Möbeltischlern und Polierern nach Walb, Rheinland (F. Hammacher & Söhne), Wriegen (S. Schmidt);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Bonn (S. Mehlens), Bochum (Gadert);
- Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Landsberg a. d. Warthe, Frankfurt am Main (Dr. Krüger), Markirch i. Els., Leipzig;
- Tischlern und Stellmachern nach Bippstadt, Spandau (Waggonfabrik, vorm. Ohrenstein & Koppel);
- Tischlern, Drechslern, Holzbildhauern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Wasing, Leipzig;
- Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Luckenwalde;
- Polierern nach Wahrenth (Steingraber & Söhne);
- Stuhlbauern und Polierern nach Reiznig i. Sachsen (Reuner & Marz);
- Korbmachern nach Hamburg, Stubben (Biegall), Bogstedt (Kairath), Sellstedt (Allermann, Schröder & Misch), Mühlberg a. d. S., Mheinselden (Boelmh), Dielefeld und Herford (Firma C. W. Bock), Merseburg (Sonntag), Spandau (Krüger), Loik, Cassel (Hoffmann), Salztotten (C. Müller);
- Orgelbauern und Klavierarbeitern nach Berlin (Pianosfabrik von Galt, Frankfurter Allee 117a);
- Kammachern nach Arnberg (Friedmann);
- Schloßarbeitern nach Brüssel (Meuter).

Arbeitskammern oder Arbeiterkammern.

IV. (Schluss.)

Der Unterschied zwischen Arbeitskammern, wie sie bisher von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefordert worden sind, und den Arbeiterkammern, wie sie in den letzten Jahren von den sozialdemokratischen Vertretern in einigen Landesparlamenten gefordert werden, so in Hamburg, Bremen, Altenburg und Württemberg, tritt schon aus den von uns veröffentlichten Gesetzentwürfen zu Tage: „Arbeiterkammern zählen zu ihren Mitgliedern nur Arbeiter, die nur von Arbeitern gewählt werden; sie sind reine Interessenvertretungen der Arbeiter und zwar entweder der gewerblichen Lohnarbeiter allein oder der Arbeiter schlechweg, also auch der Landwirtschaftlichen. Gingengegen rekrutieren sich die Mitglieder der Arbeitskammern aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen. Sie begreifen in sich eine Interessenvertretung von Unternehmern und Arbeitern. Selbstverständlich kann es sich

dabei nicht um direkt entgegengesetzte Interessen handeln; denn dann wäre eine einzige Vertretung ja ein Unmöglich, sondern es müssen Interessen sein, die beide gemeinsam haben.“*)

Bei der Arbeiterschaft überwiegen aber jene Interessen, die denen des Unternehmertums diametral gegenüberstehen und für die es danach in den Arbeitskammern keine Vertretung gibt. Daraus geht schon hervor, daß eine Arbeitskammer nicht die richtige Interessenvertretung für den Arbeiterstand sein kann. Sollte man nun heute von Reichs wegen Arbeitskammern bilden, die etwa ähnliche Pflichten und Rechte hätten, wie die bestehenden Organisationen der Arbeitgeber, so würde das eine erhebliche Benachteiligung der Arbeiter bedeuten. Die Arbeitgeber sind schon organisiert, und zwar in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Vermöge dieser Organisationen sind sie in der Lage, ihre Interessen in voller Schärfe der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Soweit innerhalb dieser bestehenden Arbeitgeberorganisationen auch die Arbeiter vertreten sind, wie dies bei den Gehilfenvereinigungen der Handwerkskammern der Fall ist, sind die Arbeiterinteressen so minimal berücksichtigt, daß sie wirksam überhaupt nicht geltend gemacht werden können. Was die Arbeiter daher verlangen müssen, ist eine Vertretung, die ihre Forderungen und Interessen der Öffentlichkeit gegenüber gerade so scharf zum Ausdruck bringen kann, wie es seitens der Arbeitgeberorganisationen für den Arbeitgeber geschieht. Bildet man aber Arbeitskammern, dann ist der Einfluß der Arbeitgeber schon, rein formell betrachtet, mindestens ebenso stark wie der der Arbeiter. Bei allen Beschlüssen, Gutachten und Veröffentlichungen dieser Kammern kommen dann im günstigsten Falle Kompromisse zu stande, die weder die Interessen der Arbeiter, noch die der Arbeitgeber unberücksichtigt spiegelten. Man würde den Arbeitern damit die Rechte vorenthalten, die man den Arbeitgebern gegeben hat: nämlich durch eine reine Interessenvertretung auf Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hinzuwirken.

Man hat gegen die Arbeiterkammern eingewendet, daß ihre Aufgaben naturgemäß beschränkt sein müßten. So sagt Harms:

„In der Hauptsache würde man sie als gutachtliches Organ aufzufassen haben. Ueber diese Tätigkeit hinaus würde den Arbeiterkammern gesetzlich vielleicht noch die Pflege einer Arbeitsstatistik bzw. die obligatorische Mitwirkung an einer solchen zu übertragen sein. Im übrigen hätten solche Arbeiterkammern alle auf Selbsthilfe basierenden Bestrebungen der Arbeiter zur Besserung ihrer Lage zu unterstützen. Selbstverständlich hätten die Arbeiterkammern — als gesetzliche Organisationen — sich bei Streiks und Aussperrungen jeglicher materiellen Unterstützung zu enthalten. Wohl aber müßte ihnen das Recht der vermittelnden Tätigkeit auch nach dieser Richtung zugestanden werden.“

Wir können das nicht unbedingt zugeben. Nach unserer Auffassung muß es leicht gelingen, die Arbeiterkammern zu einem wichtigen Werkzeug des Arbeiterschutzes zu machen, ähnlich wie es bei den Arbeitskammern beabsichtigt ist. Aber selbst wenn dem unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen sollten, so müßten wir immer noch den Arbeiterkammern den Vorzug geben. Denn lieber noch eine Arbeiterkammer mit beschränkter Kompetenz, als eine Arbeitskammer, der trotz des großen Arbeitsfeldes doch jede Möglichkeit mangelt, die Interessen der Arbeiterschaft ohne jeden Rückhalt vertreten zu können.

Weiter wurde gegen die Arbeiterkammern eingewendet, daß sie zu einer eminenten Schädigung der Arbeiterorganisationen führen müßten. Auch das dürfte nicht zutreffen. Wir haben in der Metzgerorganisation ein Beispiel dafür, daß geschliche Interessenvertretungen keineswegs nachteilig auf die wirtschaftlichen Organisationen eines Standes wirken. Die Metzger verfügen auch über Interessenvertretungen in den Metzgerkammern, gleichwohl stehen ihre wirtschaftlichen Organisationen zur Zeit sehr in Flor — wir erinnern nur an die Leipziger Organisation der Metzger — und die Meinung ist nicht unbegründet, die gerade das Aufblühen der Metzgerorganisationen sehr viel dem Wirken der ärztlichen Interessenvertretung zuschreibt. Für die Arbeiterschaft kommt hinzu, daß sie auf eine an Erfahrungen reiche Organisationsarbeit zurückblicken kann, so daß es ihr noch viel leichter gelingen muß, die Arbeit und den Einfluß auch den Arbeiterkammern, den Arbeiterorganisationen zu gute kommen zu lassen. Und möge für diese Organisationen eine wie immer gestaltete Form geschaffen werden, die Arbeiterschaft würde sich daraus schon das richtige Werkzeug ihrer Interessen zu schaffen wissen.

Alle diese Gesichtspunkte sind von den Antragstellern wohl erwogen worden. Haben doch an der Vorberatung gerade der württembergischen Anträge alle in Stuttgart domizilierten Gewerkschaftszentralvorstände mitgewirkt. Wenn man dann zu der Ueberzeugung kam — die übrigens schon einige Jahre früher von unserem Kollegen Robert Schmidt-Berlin vertreten worden ist*) —, daß den Arbeiterkammern vor den Arbeitskammern der Vorzug zu geben sei, so wohl in der Hauptsache deshalb, weil alle ihre eventuellen Nachteile gering zu veranschlagen sind angesichts des großen Vorteils, daß sie eine rückhaltlose Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft ermöglichen.

Die Beratung des Antrages im württembergischen Landtage hat im übrigen einen gesetzgeberischen Erfolg nicht gebracht. Bei der ersten Lesung desselben im Plenum erklärte der Minister des Innern, Bischof, „die württembergische Regierung stehe der Errichtung von Arbeiterkammern durchaus freundlich gegenüber, betrachte aber ein einseitiges Vorgehen Württembergs als nicht loyal gegenüber den anderen Bundesstaaten“. Auf diese Sonart waren auch die Reden der bürgerlichen Abgeordneten gestimmt. Dabei ist zu bemerken, daß sowohl die Stuttgarter Handelskammer wie auch die Zentralstelle für Handel und Gewerbe, in welchen beiden Körperschaften nur Unternehmerinteressen vertreten sind — bzw. waren, da zu letzterer Körperschaft mittlerweile Arbeiter zugezogen sind —, sich einstimmig für Arbeiterkammern nach Analogie der Handels- und Gewerkekammern ausgesprochen hatten. In der zur Beratung des Antrages eingesetzten Kommission wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt; dafür wurde beschlossen,

„die Regierung zu ersuchen, sie wolle
1. im Bundesrat für die unverzügliche Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und fried-

*) Dr. Bernhard Harms. Deutsche Arbeitskammern. Tübingen 1904.

*) Korrespondenzblatt, Jahrg. 1899. Nr. 49.

ihren Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden, auch den Staatsbehörden gegenüber, eintreten;

2. für den Fall, daß die bei den Reichsbehörden zur Zeit im Gange befindlichen, auf Schaffung der in Biffer 1 bezeichneten Vertretung gerichteten Bestrebungen ohne Aussicht auf Erfolg verlaufen, dem Landtag den „Entwurf eines darauf gerichteten Landesgesetzes“ vorlegen.“

Damit war die Frage, ob Arbeiter- oder Arbeitskammer, offen gelassen.

In der zweiten Plenarberatung, wo der sozialdemokratische Antrag von dem Berichterstatter Kollegen Peti und dem Genossen Hildebrand mit Entschiedenheit vertreten wurde, waren selbst die bürgerlichen Parteien in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Interessenvertretung der Arbeiterschaft einig, auch die Regierung sprach sich für Schaffung solcher Vertretungen aus, lehnte indessen ein landesgesetzliches Vorgehen ab.

Schließlich wurde der Kommissionsantrag in seinem ersten Teil einstimmig, in seinem zweiten Teil mit 53 gegen 18 Stimmen angenommen.

Damit sind die Anträge keineswegs erledigt. Sie werden vielmehr solange wiederkehren, bis sie gesetzgeberisch erledigt sind, d. h. bis Arbeiterkammern geschaffen sind. Denn was den Handwerkern, den Industriellen, den Grundbesitzern geworden ist durch Schaffung von Handwerker-, Handels- und Landwirtschaftskammern, das muß dem Arbeiter noch immer werden.

Internationaler Holzarbeiterkongreß.

Abgehalten am 13. und 14. August in Amsterdam.

In „Geelenwind“ in Amsterdam traten am 12. August, Morgens 9 Uhr, die Vertreter der Holzarbeiter aus zehn Ländern zusammen, um über die Gründung einer internationalen Union und eines internationalen Sekretariats zu beraten.

Kollege Leipart eröffnet den im Auftrage des Deutschen Holzarbeiterverbandes einberufenen Kongreß und heißt die zahlreich erschienenen Delegierten herzlich willkommen. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Holzarbeiter aller Länder zusammensuchen; dies geschah schon 1891 und 1896. Zwar ist es zu einer ständigen Verbindung bis heute nicht gekommen. Auf Anregung des österreichischen Holzarbeiterverbandes ist dieser dritte Versuch dazu gemacht und hoffe er, daß die Beratungen diesmal zu einem vollen Erfolge führen werden.

Kollege Coenen - Amsterdam begrüßt die erschienenen ausländischen Kollegen auf das herzlichste, schildert dann in markigen Worten die Kämpfe, welche die holländischen Arbeiter mit dem Unternehmertum zu führen hatten und wünscht den Beratungen besten Erfolg. Ins Bureau werden auf Vorschlag der deutschen Delegierten gewählt: Leipart - Deutschland, Coenen - Holland und Gangloff - Frankreich als Präsidenten; Skaret - Oesterreich und Dupont - Deutschland als Schriftführer. Die Mandatprüfungskommission, welche aus den Kollegen Munk - Dänemark, Huygens - Belgien und Beltner - Ungarn besteht, stellt fest, daß aus zehn Ländern 17 Organisationen durch 28 Delegierte vertreten sind, und zwar aus Deutschland vom Holzarbeiterverband: Leipart, Schmidt, Böske; vom Tapeziererverband: Gruenwaldt; vom Zentralverein der Wildhauer: Dupont; aus Dänemark: Gran, Jensen, Munk; aus Frankreich: Gangloff, Biers, Jacoby, Kotrá; aus Belgien: Puths, Lampens, Huygens; aus Oesterreich: Skaret; aus Ungarn: Beltner; aus Serbien: Zwanowitsch; aus Großbritannien: Goffy; aus Schweden: Wingreen; aus Holland: Coenen, van Empel und v. d. Wjngaart aus Italien.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Gründung einer internationalen Union“, referiert Leipart. Er führt aus: Daß die internationale Verbindung der Holzarbeiter eine Notwendigkeit ist, ist schon auf den beiden früheren Kongressen in Brüssel und Zürich bejaht worden. So notwendig die gewerkschaftliche Organisation in den einzelnen Ländern ist, so notwendig ist eine Verbindung dieser Landesorganisationen untereinander, einerseits um die Konkurrenz, welche sich die Kollegen beim Verkauf ihrer Arbeitskraft gegenseitig machen, zu beseitigen, andererseits um die Fernhaltung von Arbeitskräften bei Lohnkämpfen und eine gegenseitige Verständigung über eventuelle Unterstützung bei Streiks zu ermöglichen. Schon auf dem Kongreß 1891 in Brüssel wurde den Kollegen daselbst die Einleitung einer internationalen Verbindung übertragen. 1893 wurde auf dem Kongreß in Zürich berichtet, daß seitens des belgischen internationalen Sekretärs nichts getan werden können, weil jede Berichterstattung an ihn unterblieben war. Die Beschlüsse von Brüssel wurden 1896 in Zürich vereinfacht. Kollege Klotz, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, wurde zum internationalen Sekretär bestimmt; er sollte die Korrespondenz führen und statistische Erhebungen veranstalten. Leider hat es auch nach dem Züricher Kongresse an jedem Interesse für die internationale Verbindung gefehlt; deshalb mußte von der vorgeesehenen Einberufung eines internationalen Kongresses abgesehen werden. Gelegentlich des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in London konnte nur eine Besprechung im kleinen Kreise stattfinden, die für die internationale Verbindung unter den Holzarbeitern bedeutungslos war. Trotz der Misserfolge habe der Gedanke sich immer wieder Bahn gebrochen, eine internationale Verbindung anzustreben. Durch die Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisation seien heute, nach zehn Jahren, eher die Vorbedingungen für eine dauernde Verbindung vorhanden. Vor allen Dingen handle es sich, wie auch der vorgelegte Statutenentwurf beweise, nur um eine gemeinsame Organisation zur Verständigung und nicht in der Hauptsache um finanzielle Unterstützung bei Streiks. Das internationale Sekretariat soll bei eventuellen Streiks, bei denen sich eine Unterstützung notwendig macht, nur eine solche zu vermitteln suchen. Vornehmlich soll der Zweck der internationalen Verbindung sein, Gegenseitigkeitsverträge mit den Vorständen der Holzarbeiterorganisationen in allen Ländern abzuschließen, besonders bezüglich der Reiseunterstützung, wie das seitens des Deutschen Holzarbeiterverbandes schon mit

mehreren ausländischen Verbänden geschehen sei. Weiter solle möglichst auf eine Verschmelzung der verwandten Verufe zu einer großen Organisation hingewirkt werden. Es stellten sich diesem Bestreben zwar noch viele Hindernisse entgegen, doch hoffe er, daß dieselben im Laufe der Jahre behoben werden können.

Bezüglich der Kostenbedeckung des internationalen Sekretariats werde man im Gegensatz zu früher zur Festsetzung eines festen Beitrages schreiten müssen. Der Betrag brauche nicht hoch zu sein. In den Organisationen, die auf dem Kongreß durch Delegierte vertreten sind, dürften 150 000 Mitglieder vorhanden sein, und der in Vorschlag gebrachte Beitrag von Fr. 1 pro 100 Mitglieder vorläufig ausreichend sein. Der Entwurf, welcher zur Beratung steht, lautet wie folgt:

Internationale Union der Holzarbeiter.

Zweck.

§ 1. Die Gewerkschaften der Holzarbeiter der verschiedenen Länder vereinigen sich zu einer internationalen Union zu dem Zweck, die gemeinsamen Interessen zu fördern.

§ 2. Insbesondere soll die Aufgabe der Union sein:

- a) die Verbindung zwischen den einzelnen Landesorganisationen herzustellen;
- b) eine gegenseitige Benachrichtigung und Verständigung über wichtige Fragen herbeizuführen;
- c) bei Lohnkämpfen den Bezug fremder Arbeitskräfte abzuhalten;
- d) wenn notwendig und möglich, die finanzielle Unterstützung größerer Streiks und Aussperrungen zu vermitteln;
- e) den Abschluß von Kartellverträgen über den gegenseitigen Uebertritt und eventuelle Unterstützungen der Mitglieder im Ausland anzuregen und zu unterstützen;
- f) im allgemeinen ein solldarisches Zusammenarbeiten der einzelnen Landesorganisationen der Holzarbeiter zu erstreben.

Beitritt.

§ 3. Alle Landesorganisationen der Holzarbeiter, insbesondere der Möbelarbeiter, Tischler, Bautischler und Zimmerer, Paviermacher, Stuhlbaner, Polsterer, Drechler, Stodarbeiter, Korbmacher, Bürstenmacher, Stellmacher, Tapezierer, Wildhauer, Wöttcher, Glaser usw., können der Union beitreten.

§ 4. Wird aus einem Lande gegen die Aufnahme einer Organisation begründeter Widerspruch erhoben, so kann die Aufnahme verweigert resp. rückgängig gemacht werden.

§ 5. Jede Landesorganisation, welche Mitglied der Union geworden ist, behält ihre volle Selbstständigkeit, ausgenommen diejenigen Pflichten, welche gegenwärtiges Statut der Internationalen Union ihr auferlegt.

Beitragspflicht.

§ 6. Von den angeschlossenen Landesorganisationen wird zur Deckung der Verwaltungskosten der Unionsektion ein Jahresbeitrag erhoben, berechnet nach der Zahl der Mitglieder, welche jede Landesorganisation am Jahresjahrs hat.

§ 7. Der Beitrag beträgt für jedes Hundert Mitglieder Fr. 1 und ist im Januar jeden Jahres, respektive nach vollaugem Beitritt für den Rest des laufenden Jahres im voraus zu entrichten.

§ 8. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Union ist jährlich eine Abrechnung zu geben.

Verwaltung.

§ 9. Die Unionsektion wird einem vom internationalen Kongreß gewählten Sekretär übertragen, welcher zugleich für die Kassensührung der Union verantwortlich ist.

§ 10. Die Kontrolle des Sekretärs hat die Landesorganisation auszuüben, welcher dieser angehört.

§ 11. Die Amtsdauer des Sekretärs währt bis zum nächsten internationalen Kongreß.

Kongreß.

§ 12. Beschließendes Organ der Union ist der internationale Holzarbeiterkongreß.

§ 13. Ein Kongreß ist einzuberufen, wenn ein diesbezüglicher Antrag von der Mehrheit der angeschlossenen Landesorganisationen unterstützt wird. Die Einberufung geschieht durch den Sekretär der Union.

§ 14. Der Kongreß wird gebildet von den Delegierten der Landesorganisationen. Die Delegationskosten hat jede Landesorganisation selbst zu tragen, die sonstigen Kosten des Kongresses werden nach Maßgabe der Mitglieder auf alle Landesorganisationen verteilt.

§ 15. Die Beschlüsse des Kongresses werden vom Sekretär zusammengestellt und allen Landesorganisationen übermittelt.

Allgemeines.

§ 16. Jede Landesorganisation hat nach Schluß jeden Jahres einen Bericht über ihre Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben, Zahl und Erfolg der Lohnkämpfe usw. an den Sekretär einzusenden. Letzterer hat zu diesem Zweck entsprechende Formulare auszugeben. Diese Jahresberichte hat der Sekretär in einer Tabelle zusammenzustellen und so zur Kenntnisnahme der Landesorganisationen zu veröffentlichen.

§ 17. Wichtige Vorgänge in einer Landesorganisation, namentlich auch größere Streiks, sind dem Sekretär möglichst sofort anzuzeigen.

§ 18. Die Publikationen des Sekretärs erfolgen in der Regel mittels Zirkulars in deutscher, französischer und englischer Sprache. Ebenso ist die Korrespondenz der Landesorganisationen an den Sekretär möglichst in einer dieser drei Sprachen zu führen.

In der hierauf folgenden Diskussion teilt Biers - Frankreich mit, daß der Möbelarbeiterkongreß seines Landes einem internationalen Sekretariat zugestimmt.

Huygens - Belgien will ohne Diskussion darüber abgestimmt wissen, ob die Delegierten im Prinzip mit dem internationalen Sekretariat einverstanden sind, wogegen Schmidt - Deutschland die Befragung jedes Delegierten über seine Ansicht wünscht.

Leipart verweist darauf, daß diejenigen, welche sich im Prinzip für das Sekretariat erklären, es selbstverständlich nicht mit dieser Erklärung bewenden lassen können, sondern verpflichtet sind, neben den moralischen auch die finanziellen Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Der Delegierte der französischen Bautischler will nicht, daß ein etwaiger zustimmender Beschluß definitiv Geltung haben solle; er will vielmehr erst eine Urabstimmung unter den Mit-

gliedern vorgenommen wissen, wogegen ein anderer Delegierter aus Frankreich eine mögliche Beschleunigung wünscht und jede hinauschiebung als nachteilig bezeichnet.

Böske - Deutschland bittet, einstimmig das Sekretariat zu beschließen. Der Holzarbeiterverband, welcher zirka 1/10 der Kosten trage und dessen Vorteil in gar keinem Verhältnis zu demselben stehe, habe trotzdem das lebhafteste Interesse an dem Zustandekommen des Sekretariats.

Goffy - Großbritannien meint, es sei endlich einmal Zeit, mit den Sympathie-Erklärungen einzuhalten und etwas Praktisches zu schaffen. Es wäre schade um die Zeit und das Geld, wenn man etwa wieder mit einer Sympathie-Erklärung auseinandergehen wolle.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Sekretariats. 15 Organisationen stimmten mit „Ja“; ein Vertreter einer französischen Lokalorganisation enthielt sich der Abstimmung. Der Delegierte aus Italien ist noch nicht anwesend, stimmt aber nachträglich mit „Ja“.

Lampens - Belgien will, daß der Beitrag höher gelegt werde; er sei zu niedrig, man müsse doch ein Bureau haben und dem Sekretär ein auskömmliches Gehalt zahlen, das ihn in den Stand setze, seine ganze Kraft in den Dienst der internationalen Holzarbeiter zu stellen.

Duky - Belgien ist der Meinung, daß der Beitrag von Fr. 1 pro 100 Mitglieder vorläufig genügend. Von einer Besoldung müsse man vorläufig absehen, natürlich müsse eine mäßige Entschädigung gezahlt werden. Die einzelnen Organisationen hätten ohnehin hohe Beiträge zu zahlen für Streiks etc. Sei der in Vorschlag gebrachte Beitrag auch nur niedrig, so komme man trotzdem damit aus, wenn er nur pünktlich gezahlt werde.

Coenen - Holland will zunächst die Aufgabe des internationalen Sekretärs festgestellt wissen und dann die Höhe des Beitrags bestimmen.

Goffy - Großbritannien stimmt Duky-Belgien zu. Eine eventuelle Besoldung könnte dazu führen, daß manche Organisationen der hohen Kosten wegen abspringen. Man solle ein Versuchsjahr abwarten und dann später, wenn nötig, eine Besoldung beschließen.

Lampens - Belgien bleibt dabei, daß der Beitrag nicht genügt; er teilt die Meinung Goffys nicht, der noch erst abwarten will. Die Gründung einer internationalen Union werde die Kämpfe der Arbeiter aller in Frage kommenden Länder günstig beeinflussen. Ohne die Besoldung des Sekretärs, der uns keine ganze Kraft widmen müsse, habe das Sekretariat keinen Wert. Wir müßten unsere Macht stärken, wo immer es möglich sei. Dem Unternehmertum werde es nicht gleichgültig sein, wenn es erfahre, daß die Holzarbeiter aller Nationen sich vereinigt haben. Es werde nachgiebiger werden, wenn es uns möglich sei, die Kämpfe um Besserung unserer Lebenshaltung zu führen mit deutschem Gelde, flämischer Zähigkeit und französischer Begeisterung.

Goffy bittet um Annahme der ersten fünf Paragraphen des Entwurfs.

Böske wünscht, weil im Allgemeininteresse liegend, von Leipart Aufklärung darüber, wie er sich die Vermittlung der Unterstützung bei Streiks gedacht habe. Anlaß zu diesem Wunsche gebe ihm die Aeußerung Lampens-Belgien, der von der Führung der Streiks mit deutschem Gelde sprach. Er nehme natürlich nicht an, daß der Ausspruch Lampens wörtlich zu nehmen sei, aber er könne sehr wohl zu Irrigen Auffassungen über den Zweck des Sekretariats bezüglich der Unterstützungsvermittlung bei Streiks führen. Heute, wo das Unternehmertum gut organisiert sei, würden die Kämpfe immer schwieriger, und es komme heute viel weniger auf die französische Begeisterung als auf die ruhige und kühle Ueberlegung und die genügenden Kampfmittel an. Er sei der Meinung, daß jede Organisation ihre Streiks aus eigenen Mitteln führen müsse und nur im Notfall die finanzielle Solidarität der anderen Nation in Anspruch nehmen dürfe.

Leipart: Obgleich er schon einmal den Zweck des Sekretariats klargelegt habe, sei er doch nicht böse, wenn ihn Kollege Böske zu einer Erklärung provoziere. Er halte es gleich ihm für notwendig, noch einmal auf die besagte Bestimmung in § 7 zurückzukommen. Diese Bestimmung verpflichte allerdings zu sehr wenig, aber es ist doch notwendig, sie aufzunehmen. Er hoffe, daß die ausländischen Organisationen von dem internationalen Sekretär nichts fordern, was dieser durchzuführen außer stande ist. Er wolle ausdrücklich betonen, daß jede Organisation ihre Streiks selber führen muß und nur im Notfall um Vermittlung einer Unterstützung nachsuchen darf; ob eine solche gegeben wird oder nicht, soll jeder Landesorganisation überlassen bleiben. Er hoffe nun, daß alle Mitgliedsverbände ausgeglichen sind und die Organisationen, wie er voraussetze, bei Injanzierung von Streiks sich mit ihren eigenen Mitteln einrichten, d. h. sich nach ihrer eigenen Deede strecken.

Die Vorschläge über den Zweck des internationalen Sekretariats werden hierauf einstimmig akzeptiert.

Ueber die Beitragsberechtigung bezüglich der Glaser werden seitens der französischen Delegierten Bedenken erhoben, es könne leicht zu Zerplitterungen führen, da die Glaser daselbst dem Glasarbeiterverbände angehörten.

Leipart erklärte dazu, daß darüber, ob die Glaser sich dem Holzarbeiterverbände oder dem Glasarbeiterverbände anschließen wolle, das internationale Sekretariat nicht zu entscheiden habe, dies vielmehr Sache der Landesorganisationen bleiben müsse. In Deutschland machen die Glaser zugleich die Fensterahmen und seien daher Holzarbeiter und nicht Glasarbeiter. In Frankreich werden sie, da sie als Glaskleifer bei den Vollendungsarbeiten der Möbel tätig sind, im Möbelarbeiterverbände als Mitglieder aufgenommen. In dieser Beziehung sei jede Landesorganisation also selbständig.

§ 8 findet hierauf Annahme.

Zu § 4 wurde beantragt, daß, falls gegen die Aufnahme einer Organisation Widerspruch erhoben wird, der Sekretär über die Aufnahme Umfrage halten soll und die Gründe für die Zurückweisung angegeben werden müssen, und daß, wie von Frankreich weiter beantragt wird, der ausgeschlossenen Organisation die Berufung zuzusehen sei.

Leipart ist gegen die Angabe von Gründen, da dieselben unter Umständen sehr verschieden sein können.

van Empel beantragte, nur solche Organisationen aufzunehmen, die sich nur mit gewerkschaftlichen Fragen und nicht mit Politik befassen.

Diesem Antrage wird von Lampens - Belgien lebhaft widerprochen.

Goffy: In England sind die Gewerkschaften durch die neuerlichen richterlichen Urteile geradezu gezwungen worden, sich mit Politik zu beschäftigen. Leute, die noch vor einigen Jahren

jeder politischen Agitation indifferent und feindlich gegenüberstanden, sind durch die Unterdrückungspolitik der Unternehmer und die Parteimaßnahme der Gerichte für diese anderen belehrt und geradezu in die Arme der Sozialdemokratie, welche unter den Trade Unions verpöndet war, getrieben worden. Es liegt im Interesse der Arbeiter selbst, wenn sie mit der Sozialdemokratie gemeinsam den Kampf gegen die heutige privatkapitalistische Gesellschaft führen, und er begrüßt es daher, daß durch das feindliche Vorgehen gegen die Trade Unions sich ein Umschwung zum Besseren in Großbritannien vollzogen habe und man anfangs, in den der Sozialdemokratie sonst fernstehenden Arbeiterkreisen die Solidarität der Trade Unions mit der Sozialdemokratie zu begreifen und daß man sich ansieht, den Klassenkampf auf sozialistischer Grundlage mit aller Entschiedenheit zu kämpfen.

Coenen-Holland ist nicht dagegen, daß die Arbeiterkassen sich mit Politik beschäftigen, er will aber nicht, daß das Recht, Politik zu treiben, im Statut ausdrücklich festgelegt wird.

Leipart will auch nicht, daß die Gewerkschaften als solche Politik treiben; aber er will es den Mitgliedern frei stellen, sich außerhalb ihrer Gewerkschaft mit Politik zu beschäftigen so viel sie wollen. Seiner Meinung nach ist eine Änderung des Entwurfs nicht nötig, wenn es aber dennoch gewünscht wird, dann könne man sagen: „Der Anschluß ist unzulässig, wenn die betreffende Organisation gegen die allgemeinen Arbeiterinteressen verstoßt oder verstoßen hat.“

Staret-Oesterreich will hinzufügen: Ausgeschlossen vom Beitritt zur Union sind alle diejenigen Organisationen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Er ist mit der Ansicht Leiparts nicht einverstanden, sondern will gerade, daß der Klassenkampfstandpunkt der Arbeiter in den Gewerkschaften aufs strengste vertreten wird.

Am zweiten Tage wird die Diskussion fortgesetzt. Der von Italien mit der Delegation zum Holzarbeiterkongress beauftragte Genosse Cabine teilt mit, daß er leider das Mandat nicht ausüben könne, da er zu gleicher Zeit als Delegierter zum internationalen Transportarbeiterkongress gewählt sei und dort nicht abkommen könne; an seiner Stelle soll ein anderer Genosse von dort das Mandat übernehmen. Der Kongress beschließt, den betreffenden Genossen mit beschließender Stimme zum Kongress zuzulassen.

Van Empell-Holland bleibt bei seiner Auffassung, daß die Gewerkschaften mit Politik nichts zu tun haben sollen; er will diejenigen Gewerkschaften nicht zur internationalen Union zulassen, die sich mit Politik beschäftigen.

Ein Antrag, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken, wird angenommen.

Wiers-Frankreich: Die Debatte sei in einen falschen Zirkel geraten; seine Organisation stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften sich nur mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen, den Mitgliedern aber die größte Bewegungsfreiheit in bezug auf ihre politische Vertretung gelassen werde. Er teilt die Ansicht des österreichischen Delegierten nicht, der ausdrücklich wolle, daß die Vertretung des Klassenkampfstandpunktes ausdrücklich Vertretung für die Ausnahme in die Union sein soll; die Gewerkschaften müssen von Politik rein sein.

Von Belgien wird Schluß beantragt.

Staret erklärt, daß er anscheinend mißverstanden sei, er will lediglich feststellen haben, daß es jeder Gewerkschaft freigestellt werden soll, ob sie Politik treiben will oder nicht; er wolle aber nicht dulden, daß die Politik aus den Gewerkschaften ausdrücklich ausgeschlossen sein soll. Glauben die Belgier und Holländer, ohne Politik anzukommen, so sei das ihre Sache; sie sollen aber anderen Nationen ihre Ansicht darüber nicht aufdrängen.

Goshy meint, daß die ganze Angelegenheit ihre Erledigung damit fände, daß jede Nation und Organisation nach § 5 auch nach dieser Richtung hin ihre volle Selbständigkeit behalte.

Da Anträge zu dem § 4 des Entwurfs nicht vorliegen, wird der § 4 einstimmig angenommen.

§ 5 wird ohne Debatte angenommen.

Bezüglich der Beitragshöhe glaubt Gruenwaldt, daß 1 Kr. pro 100 Mitglieder zur Verringerung der Kosten ausreicht, umso mehr, da der Holzarbeiterverband, der höchstwahrscheinlich den internationalen Sekretär stellen und für Verwaltung nicht besondere Verwaltungsausgaben berechnen werde.

Staret betrachtet die ganze Einrichtung des internationalen Sekretariats als ein Provisorium und glaubt deshalb, daß auch der Beitrag ein provisorischer sein müsse. Der nächste Kongress könne definitiv bestimmen, ob und welche anderen und besseren Einrichtungen sich als zweckmäßig und notwendig machen.

Auf Wunsch des Delegierten Wiers-Frankreich wird die Zahl der organisierten Mitglieder festgestellt, die von den anwesenden Organisationen vertreten werden. Diese Zahl beträgt rund 150 000.

Lampens-Belgien beantragt, pro hundert Mitglieder 2 Francs zu zahlen. Der Ansicht des baltischen Kollegen, der ein Minimum von einem Franc fordert, stimme er nicht zu; er wolle kein Minimum und kein Maximum und kein Mittelmaß, sondern einen festen Beitrag, den alle Organisationen gleichmäßig zahlen sollen. Er teile auch die Ansicht Starets nicht, daß das jetzt begründete internationale Sekretariat ein Provisorium sein solle; das könne es nicht sein, da der nächste Kongress erst in drei oder vier Jahren zusammentreten werde. Er teile auch nicht die Ansicht Gruenwaldts, der es schon als Tatsache hingestellt habe, daß in Deutschland der Sitz des Sekretariats und Leipart als Sekretär bestimmt sei; er sei zwar gar nicht dagegen, halte es sogar für selbstverständlich, aber so etwas bestimme man nicht im voraus, sondern das beschleße man.

Gangloff wünscht, daß die deutschen Delegierten sich zunächst über die Höhe des Beitrages äußern sollen, da sie selbst bei niedrigen Beiträgen infolge ihrer hohen Mitgliedszahlen den Löwenanteil der Kosten tragen müßten.

Dupont will den Beitrag nicht höher als 1 Franc bemessen.

Der Antrag auf Zahlung von 2 Francs pro 100 Mitglieder wird von Belgien zurückgezogen. Der Antrag, im Minimum 1 Franc zu zahlen, wird abgelehnt; 1 Franc einstimmig angenommen.

Wiers-Frankreich wünscht, daß die Arbeiten des Sekretariats nicht einer, sondern über drei Personen übertragen werden, damit auch in Behinderungsfällen die eine oder andere Person die Arbeiten des Sekretariats erledigen kann.

Dieser Ansicht schließt sich auch der belgische Delegierte an.

Leipart glaubt, daß es schwer ist, auf dem Kongress mehr als eine Person für das internationale Sekretariat zu finden. Es genüge, wenn der Sekretär gewählt werde. Die Landesorganisation, welcher der Sekretär angehöre, müsse im Bedarfsfalle auch für Vertretung sorgen.

Goshy-Großbritannien ist sonst mit den Vorschlägen Leiparts einverstanden, will aber die Kassengeschäfte einer zweiten Person übertragen und auch zwei Revisoren gewählt wissen. Er komme zu diesem Antrage nicht etwa aus Mißtrauen, sondern weil solche Geschäftsführung in England allgemein üblich sei.

Leipart schlägt vor, in § 9 einzuschalten, daß die Landesorganisation, welche den Sekretär wählt, sowohl für Revisoren als auch für Vertretung des Sekretärs zu sorgen hat. Für die Wahl von zwei Personen stimmen zehn Organisationen, fünf für eine Person; zwei Organisationen fehlen.

Staret beantragt, nur den Sekretär auf dem Kongress zu wählen, die Wahl des Kassierers der Landesorganisation zu überlassen; dem wird ohne Widerspruch zugestimmt.

Wiers-Frankreich beantragt, in § 13 eine Bestimmung zu treffen, daß der Kongress nicht in zu kurzer Zeit stattfindet; er halte fünf Jahre für angemessen.

Gruenwaldt will den Zeitpunkt der eventuellen Einberufung der Landesorganisation überlassen.

Goshy-Großbritannien wünscht die Einberufung möglichst zur gleichen Zeit und am gleichen Ort, wo die Sozialistenkongresse stattfinden. Diesem Vorschlage tritt der Delegierte des Holländischen Möbelarbeiter-Verbandes entschieden entgegen, er will jeden Schein vermeiden, als ob die Gewerkschaften mit der sozialistischen Partei irgendwie harmonierten.

Lampens-Belgien widerspricht dieser Ansicht, er wundere sich, daß die holländische Organisation anscheinend Gefallen daran finde, weniger die ökonomischen Angelegenheiten der Arbeiter zu vertreten, als vielmehr über die politischen Formen der Organisation zu streiten. Nach seiner Meinung sind die ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiter so eng miteinander verwachsen, daß man gar keinen Anstoß daran nehmen solle, wenn beide Organisationen zu gleicher Zeit und am gleichen Orte ihre Kongresse abhalten; er schließe sich daher ganz dem Wunsche des englischen Delegierten an.

Beschlissen wird, daß die Kongresse längstens alle fünf Jahre stattfinden sollen, und zwar möglichst im Anschluß an die stattfindenden Sozialistenkongresse; diese letztere Bestimmung soll aber nicht ins Statut aufgenommen werden. Alle Anträge zur Tagesordnung müssen dem Sekretär drei Monate vor dem Stattfinden des Kongresses eingereicht und von diesem veröffentlicht werden.

Zu Beginn der Nachmittagsstunde kommt ein Schreiben des Niederländischen Zimmerleutebundes zur Verlesung, in welchem beauftragt wird, daß die Einladung erst am Vorabend des Kongresses ihnen zugeht und sie sich deshalb nicht haben besprechen können. Sie sympathisieren mit dem Kongress und hoffen, daß ein besserer Zusammenschluß von seiner Arbeit für seine spätere Arbeit zu erwarten sein werde. Ein Telegramm von den serbischen Holzarbeitern wünscht den Beratungen besten Erfolg.

Die Beratung des Statuts ist beendet und konstatiert der Vorsitzende, daß somit die internationale Union beschlossen ist.

Leipart erklärt für den Deutschen Holzarbeiterverband, daß er als erster sich der Union anschleßt und die Beiträge, von diesem Tage an gerechnet, leisten wird.

Wetliner-Ungarn beantragt, daß für dieses Jahr der volle Jahresbeitrag gezahlt werde. Der Antrag wird abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Beitragspflicht mit dem Tage des Anschlusses an die Union beginnt.

Staret schlägt vor, als Sitz des internationalen Sekretariats Deutschland, und zwar Stuttgart, und als Sekretär Leipart zu wählen.

Leipart erklärt, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes gewiß nicht erkrant sein wird, wenn ihm, Leipart, die Arbeiten des Sekretariats übertragen werde, da er ohnehin infolge der umfangreichen Lohnbewegung sehr in Anspruch genommen sei, nichtsdestoweniger erkläre sich der Holzarbeiterverband bereit, das Sekretariat und er, Leipart, den Posten des Sekretärs zu übernehmen. Er verspreche alles zu tun, was in seinen Kräften stehe. (Beifall).

Die Wahl erfolgt einstimmig.

Ueber den zweiten Punkt: „Gegenseitige Unterstützung der Landesorganisationen“ referierte Staret. Schon auf dem Kongress in Zürich ist die Gegenseitigkeit in Bezug auf Reiseunterstützung beschlossen. Leider seien Verträge nicht mit allen Ländern zustande gekommen; wir haben aber unseren Mitgliedern gegenüber die Verpflichtung, ihnen auch im Auslande auf der Reise Unterstützung zu gewähren. Weiter wurde in Zürich beschlossen, den reisenden Kollegen auch im Falle von Krankheiten durch Aufnahme in die Krankenhäuser der ausländischen Krankenhäuser zu unterstützen; auch dieser Beschluß sei nirgends durchgeführt. Auch der Beschluß: eine Vereinigung aller verwandten Verufe anzustreben, hat nicht durchgeführt werden können. Wir müssen, nachdem nun das internationale Sekretariat gegründet ist, darauf drängen, daß gegenseitige Kartellverträge abgeschlossen, die Mitglieder einer Landesorganisation ohne Beitrittsgebühr als Mitglieder einer anderen Landesorganisation aufgenommen werden können und die gleichen Rechte haben wie in ihren bisherigen Organisationen. Er empfiehlt dem Kongress folgende Resolution zur Annahme:

Der Kongress beschließt: Zur Wahrung der Interessen jener Mitglieder, die durch wirtschaftliche Krisen und andere Verhältnisse genötigt sind, im Auslande Arbeit zu suchen, sehen sich die auf dem dritten internationalen Fachkongress vertretenen Holzarbeiterverbände und verwandten Berufsorganisationen verpflichtet, die Mitglieder gegenseitig ohne jede Beitrittsgebühr aufzunehmen.

Bezüglich Wahrung jener Unterstützungsansprüche, die das Mitglied bei gleicher Dauer seiner Mitgliedschaft bei der früheren Organisation erworben hat, empfiehlt der Kongress den gegenseitigen Abschluß von Kartellverträgen für einen bestimmten, jedoch jederzeit kündbaren, Zeitabschnitt.

Das Ausmaß der an ein übergetretenes Mitglied zu gewährenden Unterstützung muß auf Gegenseitigkeit beruhen und kann eine der vertraglich schließenden Organisationen nur insoweit zur Gewährung von Unterstützungen an ein gemeinsames Mitglied einer ausländischen Organisation angehalten werden, als sie die betreffenden Unterstützungsanstaltungen auch für ihre Mitglieder getroffen hat.

In allen aus dem Vertrage entspringenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien entscheidet endgültig das internationale Sekretariat resp. der Vorstand jener Landesorganisation, der die Führung der internationalen Geschäfte mit übertragen worden ist.

Goshy als Korreferent führt aus: Es sei zu tabeln, daß manche ausländische Organisationen von eingewanderten Kollegen solche hohe Eintrittsgelder fordern, daß es arbeitslosen Kollegen unmöglich sei, die Mittel aufzubringen. Ganz besonders sei dies in Amerika der Fall, wofür bis zu £ 2 Eintrittsgeld gefordert wird. In seiner Organisation komme man den zugewanderten Mitgliedern im weitesten Maße entgegen; nur verlangten sie, daß die aufzunehmenden ausländischen Mitglieder bis zur Stunde ihrer Abreise ihren Verpflichtungen nachgekommen sein müssen, und innerhalb sechs Wochen ihre Aufnahme unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches beantragen haben. Zu wünschen wäre, daß die Mitglieder nicht in Länder auswandern möchten, in denen infolge wirtschaftlicher Krisen oder anderer Umstände die Lohn- und Arbeitsverhältnisse äußerst schlecht sind.

Leipart erläutert unter Bezugnahme auf die vorstehenden Ausführungen die Bedingungen, unter denen ausländische Mitglieder in Deutschland aufgenommen und auf der Reise unterstützt werden. Es seien mit der Schweiz, Oesterreich und Dänemark Gegenseitigkeitsverträge geschlossen; daß die Organisation, welche Kollege Goshy vertritt, den ausländischen Mitgliedern die Aufnahme unter günstigen Bedingungen ermögliche, freue ihn; er wolle aber nicht unterlassen, auf diverse Klagen unserer Mitglieder, die nach England reisen, hinzuweisen, wonach denjenigen die Aufnahme in die „Trade Union“ verweigert wird, die in solchen Werkstätten arbeiten, in denen die von der Organisation festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkannt sind. Im Gegensatz zu dieser Laktik sei er (Leipart) der Meinung, daß man die ausländischen Mitglieder dafür durch Nichtaufnahme nicht strafen, sondern erst recht aufnehmen müsse, damit es möglich sei, in solchen Werkstätten auf Erfüllung der von der Organisation festgesetzten Arbeitsbedingungen drängen zu können. Selbstverständlich könne heute an einen Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen nicht gedacht werden, da uns dazu die Zeit fehle, und auch besser mit den einzelnen Vorständen der Landesorganisationen gesprochen könne.

Coenen-Holland gibt an, daß auch in ihren Organisationen Reiseunterstützung an ausländische reisende Kollegen gezahlt werde; den heimischen Kollegen werde solche aber nur teilweise gezahlt und müsse, wenn der Empfänger in Arbeit sei, wieder zurückgezahlt werden.

Wiers-Frankreich steht auf dem Standpunkte der Gegenseitigkeit in bezug auf die Zahlung von Reiseunterstützung, aber es sei unmöglich, bei dem großen Andrang von Reisenden den großen Ansprüchen zu genügen. Man sei in Frankreich dazu gekommen, die Gewerkschaften mehr als Kampfsorganisationen zu betrachten, das Unterstützungsweesen aber ganz auszuschließen. Infolge der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren habe seine Organisation von der Auszahlung der verschiedenen Unterstützungen absehen müssen, da die Mittel trotz hoher Beiträge dazu nicht reichten.

Gruenwaldt-Lapezger führt aus, daß seine Organisation Reiseunterstützung ohne weiteres an jedes reisende ausländische Mitglied zahlt, wenn dasselbe allen Verpflichtungen gegen die heimische Organisation nachgekommen ist. Inwiefern andere Unterstützungen gezahlt werden können, unterliegt der Entscheidung des Vorstandes.

Guhgen-Belgien: Der belgische Holzarbeiterverband nehme ausländische Mitglieder ohne Beitrittsgebühr auf; Reiseunterstützung werde nicht gezahlt. Er bitte, darauf aufmerksam zu machen, daß ein Holzarbeiter in Belgien nur Arbeit finde, wenn er eigenes Werkzeug habe; es sei deshalb vor Auswanderung nach Belgien dringend zu warnen.

Coenen-Holland konstatiert dieselbe Tatsache auch für Holland.

Die Debatte ist geschlossen. Die Resolution von Staret wird hierauf einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4: „Gegenseitige Abhaltung von fremden Arbeitskräften bei Lohnbewegungen“, referiert Wiers-Budapest: Infolge der Organisationslosigkeit in Ungarn sieht leider fest, daß die Streikbrecher an Zahl sehr groß sind; aber selbst Ungarn ist nicht von ausländischen Streikbrechern verschont; aus Rumänien, Slavonien, Serbien usw. kommen sie in großen Scharen, um den in Budapest kämpfenden organisierten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Er bittet um weitgehendste Unterstützung in bezug auf die Ausflüchtling, da sich viele heute leider zu der Arbeiterdiktatur aus Unkenntnis bereit finden lassen.

Leipart hält es für selbstverständlich, daß den zurückgebliebenen Organisationen in den von Wetliner auch angeregten Fällen möglichst beigegeben werden muß, und er ist deshalb auch der Meinung, daß der Kongress dem ausgesprochenen Wunsche Wetiners stillschweigend zustimmen kann.

Zwanowitsch-Serbien schließt sich den Ausführungen Wetners an und hofft, daß die Organisation der Holzarbeiter Serbiens mit Hilfe des internationalen Sekretariats bald erstarke und ein würdiges Glied bilden werde in der Reihe der jetzt internationalen kooperierten Berufslogen.

Gangloff-Frankreich schlägt vor, Sektionen fremdsprachiger Arbeiter zu bilden, wenigstens in Großstädten; mancher Kampf würde weniger verloren gehen, wenn die zugewanderten Arbeiter von Kollegen in ihrer Muttersprache aufgeklärt werden über den Zweck der Gewerkschaftsorganisation und über die Notwendigkeit und den hohen kulturellen Wert der Lohnbewegungen.

Der Vorsitzende bittet, Gangloffs Wunsch zu beherzigen, und, wo angängig, zu realisieren.

Röske wünscht einen regeren Austausch der Zeitungen und Korrespondenzen zwischen den einzelnen Fachzeitungsredaktionen.

Dykes hofft, daß der nächste Kongress möglichst in Belgien stattfinden werde, weil er sich einen guten Erfolg für die nur schlecht organisierten Verufe davon verspreche.

Staret dankt den Amsterdamer Kollegen für den freundlichen Empfang.

Dyken-Baltisch, Coenen-Amsterdam und andere sprechen dem Kollegen Leipart, dem Vorsitzenden, und Frau Clara Zeitin, der vorzüglichen Uebersetzerin, die beide viel zum Gelingen des heute gegründeten Werkes beigetragen haben, ihren herzlichsten Dank aus.

Leipart erfüllt die Pflicht, der Frau Zeitin nicht nur für ihre hingebende Arbeit bei der Uebersetzung zu danken,

sondern auch dafür, daß sie seit Jahren der internationalen Sache der Holzarbeiter treu geblieben und ihm (Seipart) treu zur Seite gestanden hätte, indem sie alle Korrespondenzen und Zirkulare ungelassen überseht, und dadurch zum Gelingen der heute gegründeten internationalen Union beigetragen habe. Zwar habe der Kongress ja nur problematische Beschlüsse fassen können; aber er hoffe, daß diese dennoch den in Betracht kommenden Organisationen zum Vorteil gereichen mögen. Wir haben noch große Aufgaben zu erfüllen; wir müssen, ehe wir Erfolge von der internationalen Vereinigung erhoffen können, die nationalen Organisationen stärken und ausbauen. Möge daher jeder Kollege tun, was in seinen Kräften steht, um zu erreichen, daß die gegründete internationale Union allen Organisationen der Holzarbeiter zum Wohle gereiche, blühen und gedeihen möge. (Beifall.)

Der internationale Kongress ist geschlossen.

Ab. Müste.

Bauarbeiterausperrung in Bremerhaven, Geestemünde und Lehe.

Schon des öfters konnten wir berichten, auf welche schwindelhafte Art und Weise Streikbrecher nach hier gezogen werden. Nun überreden die Herren Meister schon ihre Gesellen, arbeitswilligen für sie zu werden. Ein hier beschäftigter arbeitswilliger Tischler aus Oberschlesien richtete an einen Bekannten in „Meisse“ eine Postkarte mit Rückantwort folgenden Inhalts:

Geestemünde bei Bremerhaven, den 27. Juli 1904.

Lieber Freund!

Ich befinde mich seit 14 Tagen hier bei Tischlermeister Borwell in Arbeit. Es ist hier schöne dauernde Bauarbeit bei sehr gutem Verdienst. Es ist alles elektrischer Betrieb, also keine Schruppererei und würde es mich sehr freuen, wenn du auch hier anfangen möchtest, denn in B. kannst du doch nichts verdienen. Der Meister hier ist ein höchst freundlicher Mann. Reisegeld bekommst du sofort zugesandt, es wird dir nicht abgezogen. Du kannst auch noch mehrere Kollegen mitbringen. Die Gegend hier ist durch die große Schiffsahrt sehr interessant, täglich fliehet du die großen Dampfer ankommen. Also komme bald!

Besten Gruß

Franz S., Tischler aus Meisse, bei Tischlermeister Th. Borwell, Geestemünde, Buchstraße

Bitte bald Antwort.

Der Schreiber dieser Karte steht in seiner Heimat bei seinen Kollegen in einem derartig „guten Lichte“, daß trotz seines verlockenden Werbens bis heute noch kein einziger das Verlangen fühlt, die Arbeitsstätte mit ihm zu teilen. Sein Ziebeswerben war vergebens. Die Rückantwort wurde uns zu teil, es gilt dies als Beweis, daß auch in Oberschlesien die Arbeiterkraft anfänglich sich aus dem Kapitalloch zu befreien; möge allen dies als Beispiel dienen und sich kein Kollege als Streikbrecher nach den Unterwerferten anwerben lassen.

Des weiteren liegt mir eine Karte aus Neustadt (Schleswig-Holstein) vor, wo aus die in dortigen bürgerlichen Blättern erschienenen Annoncen hin sich ein Kollege meldete, er dann folgende Antwort erhielt:

In Erwiderung Ihrer Postkarte teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Sie und noch mehrere Ihrer Kollegen hier bei einem Stundenlohn von 42 $\frac{1}{2}$ bis 50 $\frac{1}{2}$ dauernde Arbeit erhalten können. Zur Zeit wird hier gestreikt und zwar aus dem alleinigen Grunde, weil die Bauhandwerker den von uns errichteten Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen. Falls Sie unter diesen Umständen geneigt sind, hier in Arbeit zu treten, wollen Sie sich in unserem Bureau melden. Von Ihrer Abreise wollen Sie uns telegraphisch benachrichtigen. Die Kosten hierfür werden Ihnen nach vierwöchiger Arbeitszeit vergütet. Hochachtungsvoll usw.

Man sieht, der antwortschreibende Arbeitgeber ist wenigstens in gewisser Beziehung ehrlich und schenkt dem Arbeitssuchenden reinen Wein ein, wenn er auch vergessen hat, hinzuzufügen, weshalb der vom Arbeitgeberverband errichtete Nachweis von den Arbeitern nicht anerkannt wird.

Auch dieser Arbeiter hat es vorgezogen, anstatt selbst nach hier zu kommen, uns diese Karte zu übermitteln.

Zum Ergötzen aller Kollegen sei das neueste Anglistprodukt des Oberstarfmachers des Unternehmertums ebenfalls im Wortlaut wiedergegeben. Das Schriftstück ist am 8. d. M. versandt worden und zum Vergern der Meister am 9. d. M. ein Exemplar im „Colosseum“ abgegeben. Dasselbe lautet:

P. P.

Es ist bemerkt worden, daß die zugezogenen arbeitswilligen Leute teilweise in Quartiere gebracht sind, die nicht geeignet sind, sie zum Verbleib am Orte zu bewegen. Die Quartiergeber oder die Nachbarn waren erstklassige Sozialdemokraten, welche die Leute bei jeder Begegnung anfeindeten und das Dasein verleiden.

Wir machen im Interesse unserer guten Sache darauf aufmerksam und bitten jeden Kollegen, daraufhin die Logis sofort revidieren zu wollen und wo es nötig ist, dieselben zu wechseln. Diejenigen Kollegen aber, welche noch geneigt sind, von den einireffenden Leuten welche anzustellen, bitten wir, in dieser Hinsicht für tadellose Quartiere sorgen zu wollen, da wir nur dann in der Lage sind, Ihnen Leute abzulassen.

Mit Handwerkergruß

Der Vorstand

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe a. d. U. J. A.: Karl Ristner.

Man sieht, mit welchen Argusaugen die lieben Schlinglinge bewacht werden, damit sie nicht wieder ausreißen. Daß aber die Schmarotcher es als eine „gute Sache“ bezeichnen, Tausende weissen lange Jahre bei ihnen beschäftigte Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen zu haben, lediglich um ihrem Machtkel zu fröhnen, ist bezeichnend für sie. Unter der Einwohnerschaft der Unterwerferten, soweit sie sich nicht in klavischer Abhängigkeit der letzteren befindet, ist darüber kein Zweifel, auf welcher Seite bei dem gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe für eine gute Sache gestritten wird.

Auch die Kollegenschaft Deutschlands kann uns in diesem Kampf unterstützen, wenn sie für Aufklärung Sorge trägt, denn es handelt sich nun nicht mehr allein um die Unterwerferten. Die Arbeitgeber haben es in ihrer am Freitag, den 5. August, stattgefundenen Versammlung ausgesprochen und zwar in den „geistreichen Worten“: „Zunächst wollen wir die hiesigen Arbeiter abmurken, dann überlassen wir das arbeitswillige Menschenmaterial unseren Bremer Kollegen.“

Also auch im Interesse der Bremer Arbeiterschaft muß die deutsche Kollegenschaft auf der Warte sein und in alle Winkel rufen: Dort, an der Weiserkühlung, kämpfen unsere Kollegen für ihr heiligstes Recht, für ihr „Koalitionsrecht“.

W. A.

Rundschau.

Strassenbahntarife für Arbeiter haben in Deutschland von 107 Strassenbahnen nur 29 eingeführt. Die minimalste Ermäßigung (16 $\frac{1}{2}$ % pZt.) findet man bei der Großen Berliner Strassenbahn, sowie in Bonn und Spandau. In Dresden und Hamburg wird den Arbeitern eine teilweise Ermäßigung von 20 bzw. 25 pZt. gewährt. In aufsteigender Linie folgen dann: Bielefeld mit 33 $\frac{1}{2}$ %, Tilsit 37 $\frac{1}{2}$ % bis 48%, Jena 43,4%, Gera 45%, Berliner Westliche Vorortsbahn, Bielefeld, Chemnitz, Heilbronn, Mannheim, Straßburg 50%, Solingen 43,4 bis 57,5%, Karlsruhe 47,9 bis 68 $\frac{1}{2}$ %, Mülheim a. d. Ruhr 43,4 bis 62,3%, Braunschweig-Wolfenbüttel 44 $\frac{1}{2}$ % bis 66 $\frac{1}{2}$ %, Staßfurt 58,3 bis 62 $\frac{1}{2}$ % und Straßburg 60 bis 70 pZt. In Leipzig, Breslau, Frankfurt a. M., Magdeburg, sowie in den überwiegend industriellen Städten Essen und Bochum ist von einer derartigen Vergünstigung für die Arbeiter, bei welcher die Strassenbahnen doch noch auf ihre Rechnung kämen, nichts zu spüren.



Bekanntmachungen des Vorstandes.

Zur Erhebung eines Lokalbeitrags ab 1. September d. J. wird hierdurch antragsgemäß die Ermächtigung erteilt und zwar der Zahlstelle Spandau von 25 $\frac{1}{2}$ wöchentlich und den Zahlstellen Binneberg und Baldeburg von je 5 $\frac{1}{2}$ wöchentlich.

Der Verbandstag in Leipzig hat beschlossen, die Abrechnungstabellen nicht mehr in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen, sondern für sich drucken zu lassen und allen Zahlstellen für die Verwaltungsmitglieder, Revisoren und Vertrauensmänner zuzustellen.

Die Abrechnung vom ersten Quartal, in Heftform hergestellt, kommt in dieser Woche in der uns für jede Zahlstelle notwendig erscheinenden Anzahl zum Versand. Sollten dieselben in einer Zahlstelle nicht eintreffen oder die Zahl nicht genügen, so bitten wir, uns hierüber Mitteilung zu machen.

Zur Einsichtnahme für die Mitglieder ist in jeder Zahlstelle ein Exemplar im Lokal bzw. in den Versammlungen aufzulegen. Auf ausdrücklichen Wunsch können auch einzelne Exemplare an die Mitglieder verabsolgt werden, und sind wir bereit, solche nachzustellern.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 17 550 Karl Niewning, Tischler, geb. 14. 2. 65 zu Schömpen.
- 24 446 Ewald Müller, Drechsler, geb. 17. 5. 88 zu Freibergsdorf.
- 45 346 Adolf Kiesler, Tischler, geb. 2. 12. 61 zu Wiese.
- 89 104 Heinrich Wögemann, Bürstenmacher, geb. 20. 11. 78 zu Osabrück.
- 104 699 Alfred Richter, Stellmacher, geb. 9. 8. 84 zu Rubkow.
- 119 202 Paul Rogge, Tischler, geb. 1. 2. 81 zu Neuruppin.
- 119 800 Karl Kämpf, Tischler, geb. 13. 11. 77 zu Niederohmen.
- 141 478 Nikolaus Jovanow, Tischler, geb. 13. 8. 80 zu Schara (Serbien).
- 142 019 Albert Schuhmacher, Tischler, geb. 5. 1. 83 zu Berlin.
- 142 198 Karl Bruns, Tischler, geb. 24. 4. 52 zu Artern.
- 147 087 Wilhelm Lehmann, Tischler, geb. 20. 6. 76 zu Wolgast.
- 148 142 Otto Briefer, Tischler, geb. 18. 7. 64 zu Spandau.
- 148 459 Julius Müller, Bürstenmacher, geb. 4. 8. 68 zu Berlin.
- 158 866 Paul Wallies, Stellmacher, geb. 21. 10. 74 zu Königsberg.
- 166 999 Rudolf Beschaffsch, Tischler, geb. 4. 10. 81 zu Grulich.
- 204 726 Wilhelm Lutterbeck, Schreiner, geb. 5. 3. 87 zu Essen.
- 208 835 Karl Diebed, Tischler, geb. 7. 7. 65 zu Ranslau.

Stuttgart, den 13. August 1904.

Der Vorstandsvorstand.

Abrechnung für das erste Quartal 1904.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Einnahme.	
Weitrittsgeld von Einzelmitgliedern	M. 66,50
Beiträge von Einzelmitgliedern	2543,45
Extrabeiträge von Einzelmitgliedern	23,64
Für Erschließung	2,05
„ Almanach	32,88
„ Reisehandbücher	3,—
Zurückgezahlte Streikunterstützung	143,33
Zurückgezahlte Rechtschutz	493,—
Zins aus Kapitalien	5317,95
Vom Verlag der „Holzarbeiter-Zeitung“	10000,—
Sonstiges	5,45
	M. 18631,25
Von Zahlstellen eingekamte Ueberschüsse	219215,47
Summa	M. 237846,72

Ausgabe.

Für Reiseunterstützung	M. 18,80
„ Gemahregeltemunterstützung	90,—
„ Umzugunterstützung	470,20
„ Rechtschutz	100,02
„ Agitation	754,85
„ an die Gauvorstände	18101,53
„ die „Holzarbeiter-Zeitung“	23000,—
„ die „Gleichheit“	166,56
Gehälter an die Beamten	4740,20
Gehälter an die Ausschüsse und Vorstandsmitglieder	77,—
Für Druckerarbeiten	2408,40
„ Buchbinderarbeiten	8865,53
„ Stempel	56,25
„ Schreib- und Badmaterial	142,52
Porto für Korrespondenz und Materialversand	1232,81
„ Geldsendungen	24,50
Für Strafporto	10,18
„ Versicherungsbeiträge	136,10
„ Zeitungsabonnement	101,63
„ Bureauante und Reinigung	860,—
„ Bureaubedarf und Dienstleistungen	383,81
„ Heizung und Beleuchtung	137,50
Sonstiges	21,60
Zinsvergütung und Stempel bei Ankauf von Wertpapieren	1078,60
Unkosten im Bankverkehr	85,35
Kosten der Summiarbeiter-Konferenz	201,—
Für Delegation zum Holzarbeiterkongress	495,90
Beitrag an die Generalkommission	2900,—
Streikunterstützung außerhalb des Verbandes	918,85
	M. 61476,14
An Zahlstellen gekamte Zuschüsse	17257,80
Summa	M. 78733,94

Einnahme	M. 237846,72
Ausgabe	78733,94
Mehreinnahme	M. 159112,78
Hierzu Bestand vom 4. Quartal 1903	734449,03
Ergibt Bestand pro 2. Quartal 1904	M. 893561,81

Bilanz.

Einnahme.

Bestand vom 4. Quartal 1903:	
Bei den Zahlstellen	M. 92685,54
Bei der Hauptkasse	734449,03
	M. 827134,57
Beitrittsgeld:	
Bei den Zahlstellen	M. 4969,—
Bei der Hauptkasse	66,50
	5035,50
Beiträge:	
Bei den Zahlstellen	M. 861499,30
Bei der Hauptkasse	2543,45
	864042,75
Extrabeiträge:	
Bei den Zahlstellen	M. 163,70
Bei der Hauptkasse	23,64
	187,34
Vom Verlag der „Holzarbeiter-Zeitung“	10000,—
Sonstige Einnahmen:	
Bei den Zahlstellen	M. 1588,88
Bei der Hauptkasse	597,86
	7586,99
Guthaben der Lokalkassen für nächstes Quartal	865,60
Summa	M. 1214846,75

Ausgabe.

Reiseunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	M. 5844,20
Bei der Hauptkasse	18,80
	5863,—
Streikunterstützung	81623,44
Gemahregeltemunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	M. 6302,44
Bei der Hauptkasse	90,—
	6392,44
Unterstützung in Sterbefällen bei den Zahlstellen	5585,—
Umzugunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	M. 2493,91
Bei der Hauptkasse	470,20
	2964,11
Rechtschutz bei den Zahlstellen	880,—
Rechtschutz:	
Bei den Zahlstellen	M. 3732,13
Bei der Hauptkasse	100,02
	3832,15
Agitation:	
Bei den Zahlstellen	M. 19,—
Bei der Hauptkasse	1885,68
	18874,88
Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen	151,65
25 pZt. Anteil der Lokalkassen	90355,74
Für die „Holzarbeiter-Zeitung“	23000,—
Für die „Gleichheit“	166,56
Gehälter und Entschädigungen	4817,20
Druck- u. Buchbinderarbeiten und Stempel	5827,18
Sonstige Verwaltungskosten bei der Hauptkasse	2500,60
Zinsvergütung und Stempel bei Ankauf von Wertpapieren	1078,60
Unkosten im Bankverkehr	85,35
Kosten der Summiarbeiter-Konferenz	201,—
Für Delegation zum Holzarbeiterkongress	495,90
Beitrag an die Generalkommission	2900,—
Streikunterstützung außerhalb des Verbandes	918,85
Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Quartal	18498,40
Bestand pro 2. Quartal:	
Bei den Zahlstellen	M. 94817,89
Bei der Hauptkasse	893561,81
	988379,70
Summa	M. 1214846,75

Abschluss.

Einnahme.

Bei den Zahlstellen	M. 369080,95
Bei der Hauptkasse	18681,25
Summa	M. 387762,18

Ausgabe.

Table with financial data: Bei den Zahlstellen, Bei der Hauptkasse, Summa, Gesamt-Einnahme, Gesamt-Ausgabe, Mehreinnahme.

Revidiert und für richtig befunden: Die Revisoren: J. Krämer, G. Bühler, F. Daniel, August Bohne, Kassierer.

Der Verbandstag in Leipzig hat beschlossen: Die Abrechnungstabellen nicht mehr in der Holzarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen, sondern für sich drucken zu lassen...

Diesem Beschluß haben wir durch die Veröffentlichung der Abrechnung in Heftform Rechnung getragen. (Siehe Bekanntmachung des Vorstandes in heutiger Nummer.)

Wie nach der Entwicklung der Geschäftskontunktur zu erwarten war, hat das Quartal wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl gebracht. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist gegen das dritte Quartal v. J. um 4490, gegen das erste Quartal 1903 um 12 900 gestiegen.

An dieser Steigerung der Mitgliederzahl sind von den größeren Zahlstellen besonders die folgenden mit dem beigefügten Zuwachs gegenüber dem vierten Quartal beteiligt: Altenburg 11, Miona 26, Berlin 676, Bielefeld 59, Braunschweig 27, Bredow 15, Bremen 10, Bremerhaven 56, Breslau 152, Bürgel i. Th. 28, Burg 12, Cambs 14, Celle 14, Charlottenburg 29, Cöpenick 11, Cottbus 13, Darmstadt 47, Dessau 23, Dippoldiswalde 27, Dresden 101, Düsseldorf 56, Durlach 14, Eilenburg 41, Elberfeld-Warmen 67, Essen 44, Frankfurt a. M. 59, Frankfurt a. b. O. 48, Fürstenwalde 40, Gyrh 49, Gera 27, Geringwalde 13, Götting 22, Gotha 37, Halberstadt 16, Halle 18, Hannover 37, Helmstedt 10, Herford 27, Höchst 28, Johannegeorgenstadt 14, Karlsruhe 29, Köln 24, Königsberg 66, Ludenwalde 54, Ludwigshafen 11, Lübeck 31, Magdeburg 46, Mannheim 86, Meissen 89, Mülhhausen i. Th. 16, München 104, Neuhäusen 11, Niederselb 22, Nürnberg 73, Offenbach 16, Osnabrück 28, Posen 11, Potsdam 14, Rabenau 23, Rixdorf 44, Rostock 45, Schönlanke 30, Schwerin 24, Solingen 50, Spandau 23, Steint-Gradow 15, Strassburg 19, Weimar 12, Weißensee 50, Wiesbaden 16, Worms 23, Würzburg 14, Zeitz 21.

Dagegen hatten die folgenden Zahlstellen den angegebenen Verlust an Mitgliedern: Augsburg 16, Dortmund 22, Flensburg 10, Freiburg i. Schw. 10, Hamburg 78, Kiel 58, Leipzig 20, Wilhelmshaven 11.

Neu aufgenommen wurden 10 041 männliche und 75 weibliche, zusammen 10 116 Mitglieder, gegen 9452 im 4. und 9508 im 1. Quartal des Vorjahres.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder (502) ist zwar um 87 höher als im 1. Quartal des Vorjahres (465), gegen das 4. Quartal (511) aber leider wieder um 9 zurückgegangen.

Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge beträgt insgesamt M. 364 042, ist also gegen das 4. Quartal (M. 343 549) um M. 20 493 gestiegen. Im 1. Quartal des Vorjahres hatten die Beiträge M. 221 544 ergeben, doch war damals noch der 23. Beitrag in Kraft.

Auf das einzelne männliche Mitglied entfallen durchschnittlich M. 4,14, gleich 91 pSt. des Vollbeitrags, gegen 90 pSt. im vierten und 91 pSt. im ersten Quartal des Vorjahres. Die weiblichen Mitglieder haben durchschnittlich M. 1,72 oder 88 pSt. (gegen 82 resp. 83 pSt.) des Vollbeitrags entrichtet.

Unter den Ausgaben ist die Reiseunterstützung, welche M. 5363 erforderte, gegen das erste Quartal des Vorjahres (M. 6451) um M. 1088 zurückgeblieben. Desgleichen ist der Betrag der Gemahregelunterstützung (M. 6899) um M. 2655 niedriger als im gleichen Quartal des Vorjahres (M. 9554).

Dagegen haben alle übrigen Unterstützungen eine höhere Ausgabe verursacht, und zwar liegt die Streckunterstützung von M. 25 059 auf M. 31 823, das Sterbegeld von M. 5000 auf M. 5585, die Umzugsunterstützung von M. 2358 auf M. 2964, die Notfallunterstützung von M. 300 auf M. 880, der Rechtschutz von M. 2648 auf M. 3832.

Die Gesamtbilanz schließt mit einer Mehreinnahme von M. 161 245 ab, gegenüber einer solchen von M. 137 099 im vierten, resp. M. 60 882 im ersten Quartal des Vorjahres. Auf den Fonds für die Arbeitslosenunterstützung entfallen von der Mehreinnahme M. 103 765 (1 037 850 Beiträge à 10 S.), es bleibt also hiernach ein Ueberfluß von M. 57 480, welcher mit der angeführten Mehreinnahme im ersten Quartal des Vorjahres in Vergleich zu stellen ist.

Der Kassenbestand der Verbandskasse hat nunmehr die Höhe von M. 988 379 erreicht, gegen M. 827 184 im vierten und M. 575 407 im ersten Quartal des Vorjahres.

Da mit vorliegender Abrechnung das erste volle Jahr des zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung erhöhten Beitrages abgeschlossen ist, so konnte berechnet werden, daß für den Fonds der Arbeitslosenunterstützung in diesen vier Quartalen M. 368 069 vereinnahmt wurden, während der Kassenbestand um M. 412 972 gestiegen ist.

Stuttgart, 9. August 1904.

Der Vorstandsvorsitzende.

Sterbefahel.

- Paul Kahner, Korbmacher, geb. 1. 2. 62 zu Frankenstein i. Schl., gest. 20. 7. 04 zu Oederan.
Franz Krivoschnick, Stellmacher, geb. am 27. 2. 67 zu Rehewo, gest. 31. 7. 04 zu Breslau.
Emil Jacob, Maschinenarbeiter, geb. 20. 12. 67 zu Rohnsdorf, gest. 11. 8. 04 zu Leipzig.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1904.

Table with columns: Gau, Zahlstellen, Zahl der Mitglieder, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Arbeitslose Mitglieder am 31. Juli, Untersuchung haben erhalten, Arbeitslose am Orte, auf der Reise.

Der Verbandstag in Leipzig hat unter anderem beschlossen, daß an Stelle des 14-tägigen Berichts über die Arbeitslosigkeit, welchen die Zahlstellen an den Vorstand zu liefern haben, ein monatlicher Bericht zu liefern ist. Um diese Berichterstattung möglichst einfach zu gestalten, ist ein auf Postkarten gedrucktes Formular hergestellt und an alle Zahlstellen versandt worden.

In der vorstehenden Tabelle veröffentlichen wir nur das Ergebnis unserer Arbeitslosenstatistik für den Monat Juli, nachdem das Resultat der Statistik für das 2. Quartal im Nr. 30 der Holzarbeiter-Zeitung zur Kenntnis der Kollegen gebracht worden ist.

Eine Besprechung der Zahlen behalten wir uns bis zum Vorliegen weiterer Resultate vor. Es soll heute nur darauf hingewiesen werden, daß die Beteiligung der Zahlstellen an dieser Statistik erfreulicherweise stärker war, als bei der vorigen Aufnahme. Leider läßt die Pünktlichkeit bei der Einlieferung der Karten noch viel zu wünschen übrig.

Die Namen dieser fehlenden Zahlstellen in den einzelnen Gauen sind folgende:
Gau Breslau: Oppeln, Ramisch, Zabrze.
Gau Rostock: Schwerin, Wismar.
Gau Berlin: Adlershof, Berlin, Biesenthal, Drossen, Frz. Buchholz, Friedrichshagen, Guben, Habelberg,

Röhrigsmusterhausen, Kolmar, Neuzelle, Perleberg, Rogasen.

Gau Leipzig: Bitterfeld, Borna, Tauscha.
Gau Chemnitz: Delitzsch.
Gau Erfurt: Rahl, Meiningen.
Gau Magdeburg: Clausthal, Genthin, Wittenberg.
Gau Hannover: Bredonick, Gütersloh, Lemgo, Melle, Minden, Osnabrück.

Gau Hamburg: Harburg, Wilsen.
Gau Kiel: Apenrade.
Gau Bremen: Aurich, Brake, Bremen, Brinkum, Embden.
Gau Elberfeld: Bonn, Cahlrop, Ehrenfeld, Hagen, Lüdenscheid, Lütgendortmund, Schwelm, Schwerte, Soest, Wanne, Werden.

Gau Frankfurt: Alzey, Bierstadt, Hellingen, Birmansfeld.
Gau Nürnberg: Erlangen, Lauf, Nördlingen, Neuhau.
Gau München: Günzburg, Weithelm.
Gau Stuttgart: Weilhelm, Colmar, Freiburg, Furtwangen, Laupheim, Marksch, Nezingen, Napsold, Doss, Singen, Wangen.

Von diesen Zahlstellen ist die Berichtskarte bis heute nicht eingegangen. Da die Arbeitslosenstatistik ihren Zweck nur dann richtig erfüllen kann, wenn sie sämtliche Zahlstellen umfaßt, richten wir an alle Sozialverwaltungen das dringende Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Berichtskarte spätestens am 4. jedes Monats abgeschickt wird.

Gleichzeitig möchten wir alle Verbandsmitglieder dringend an ihre Pflicht mahnen, sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort bei der örtlichen Weibestelle eintragen zu lassen. Besonders richtet sich dieses Ersuchen an die nicht unterstützungsberechtigten Mitglieder, weil es für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit unerlässlich ist, daß auch sie in der Arbeitslosenstatistik mitgezählt werden.

Stuttgart, den 18. August 1904.
Der Vorstandsvorsitzende.

An die Parkettleger Deutschlands!

Die unterfertigte Kommission hat im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande beschlossen, auf den 3. und 4. Oktober nach München in das Restaurant „Dall Arm“, Frauenplatz, eine Konferenz der Parkettleger einzuberufen. Als Tagesordnung haben wir vorläufig bestimmt:

- 1. Bericht der Tarifkommission über ihre bisherige Tätigkeit.
2. Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises.
3. Beschlußfassung über die in nächster Zeit zu unternehmenden Aufgaben der Tarifkommission.
4. Wahl des Sitzes der Tarifkommission.

Die Wahl der Delegierten hat in einer Sektionsversammlung der Parkettleger stattgefunden. Der Verbandsvorstand hat sich bereit erklärt, zu den Delegationskosten je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren. Entsprechende Urträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 6. September an den Verbandsvorstand einzureichen.

Kollegen, wir geben uns der Erwartung hin, daß aus jedem Orte, der für unseren Beruf von Bedeutung ist, ein Delegierter erscheint.

Anträge für die Konferenz sowie die Anmeldung der Delegierten sind bis spätestens 18. September an das Bureau der Zahlstelle München: A. Matth, Humboldtstr. 40, 1. St., zu richten.

Die Tarifkommission der Parkettleger Deutschlands.
F. A.: Hans Estermann, Vorsitzender.

Korrespondenzen.

Holzgerlingen. Unter äußerst traurigen Lohnverhältnissen leiden noch unsere Kollegen hier am Orte. Dieses kann wieder sehr deutlich zum Ausdruck in der am Sonntag, den 31. Juli, abgehaltenen Versammlung, in welcher Kollege Waldmann-Stuttgart referierte. Als am Schluß seiner Ausführungen der Redner darauf hinwies, unter den gegebenen Verhältnissen gäbe es für die Arbeiter nur einen Weg, ihre Interessen zu wahren, geschlossenes Zusammenhalten in der Organisation, folgte allgemeine Zustimmung. Als aber der Vorsitzende den anwesenden Nichtmitgliedern Aufnahmebewerben vorlegte, mußten mehrere jüngere Kollegen erklären, bei ihrem äußerst geringen Verdienste von ihrem Qualifikationsrecht keinen Gebrauch machen zu können. Es ist dieses ein sehr praktischer Weg für die Unternehmer, den Arbeitern die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage zu eröffnen. Hier besteht noch das Kost- und Logiswesen, und Löhne von M. 2 bis M. 3 sind keine Seltenheit. Zum größten Teil wird hier auf Spezialartikel gearbeitet, wobei selbst schwächere Arbeiter in kurzer Zeit

Erhebliches leisten und somit die niedrigen Löhne in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit stehen. Zu verbessern wäre hier noch sehr viel, und die Mitarbeit aller sehr nötig. Trotzdem gibt es aber selbst unter solchen Verhältnissen noch Kollegen, die glauben, das Interesse der Meister noch besonders wahren zu müssen. Hierfür ein Beispiel aus jüngster Zeit. Einem älteren Kollegen, pagte es nicht, wenn seine jüngeren Mitarbeiter von dem Rechte der Wespertzeit Gebrauch machten. Nach seiner Meinung blieben die Kollegen zu lange sitzen, weshalb er sie durch Worte wie: „Ihr Faulenzer sieht dem Meister die Arbeit ab“ und dergleichen mehr zur Weiterarbeit anfeuerete. Auf eine entsprechende Antwort reagierte er mit Prügel, wobei er vom hinzugekommenen Meister unterstützt wurde. Dem Kollegen ist zu raten, Klage zu führen. Der Rechtschutz wird ihm sicher gewährt. Den Kollegen anderorts empfehlen wir, es sich zweimal zu überlegen, ehe sie ihre Arbeitskraft den Meistern in Holzgerlingen zur Verfügung stellen. Für die Kollegen am Orte aber gilt es, sich zu organisieren, um durch die Organisation ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Johannegeorgenstadt. In der Nähmaschinenmüllfabrik von Schäfer hier wurden die Tischler (10 an der Zahl) bis auf einen Unorganisierten ausgepebert. Veranlassung hierzu war, daß der Unternehmer angeblich wegen Arbeitsmangels den Arbeitern zumutete, Arbeiten zu machen, die ihnen nicht zukamen. Deshalb zur Rebe gestellt, erhielten sie die Antwort: „Von heute ab schließe ich meine Fabrik“ und sie waren entlassen. Nach einigen Tagen verlangte Herr Schäfer drei Kollegen wieder zur Arbeit, was diese ablehnten und das mit Recht, denn es lag nicht der geringste Anlaß für Herrn Schäfer vor, so wie geschehen, mit seinen Arbeitern zu verfahren. Dadurch ist es offenbar, daß er seine Arbeiter auf diese Art und Weise los sein möchte und an deren Stelle Nichtverbandskollegen und billigere Arbeitskräfte einzustellen. Bemerkt sei, daß Herr Schäfer vor kurzem dasselbe Manöver ausgeführt hat. Damals gelang es dem Gauborsteher, durch Verhandlung die Differenzen beizulegen. Dießmal war die von ihm eingeleitete Verhandlung leider erfolglos. Herr Schäfer erklärte, daß er seine Leute nicht wieder einstellen würde. Er kann sie nicht mehr gebrauchen und wolle Herr im Hause sein. Herr Schäfer ist nun eifrig bemüht, Arbeitskräfte von auswärts zu bekommen. Das zu berechnen, muß Ehrenpflicht für jeden Kollegen sein. Namentlich mögen die Kollegen in Neustädte, Zeitz und Wilkau ein wachsam Auge haben, und den Zugang nach hier fern halten. Die Kollegen der Nähmaschinenbranche haben alle Ursache dazu, berattigte Machinationen der Unternehmer, die ohnehin schon sehr erbärmlichen Löhne noch tiefer herabzubrüchen, zu vereiteln. Darum auf zur Pflichterfüllung.

Mühlhausen i. Th. Durch intensive Agitation im Verein mit dem Gauvorsitzer H. Kappe ist es gelungen, die weitaus größte Mehrzahl der hiesigen Holzarbeiter für den Verband zu gewinnen — bei der großen Ausbreitung der Holzindustrie am Orte immerhin ein gutes Resultat. Wir werden aber nicht eher ruhen, bis es uns gelungen ist, auch die gegenwärtig noch indifferenten aufgerollt zu haben, fernermalen sich die hiesigen Arbeitgeber ebenfalls unter die schützenden Fittiche des „allmächtigen“ Arbeiterschutzbundes geflüchtet haben. Besonders ist zu erwähnen, daß die Kollegen der Firmen Kleeberg und Haberstolz nimmehr samt und sonders unserem Rufe gefolgt sind und sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen haben. Somit ist zu erwarten, daß auch in diesen beiden Betrieben mit der Zeit bessere Verhältnisse Platz greifen werden. Wie nun durch die Entwicklung der Organisation die Konflikte mit den Arbeitgebern nicht ausbleiben, ist es dazu gekommen, daß gegenwärtig die Kollegen der Firma E. Ochs sich im Ausstand befinden. Vor ungefähr einundzwanzig Jahre übernahm der damalige Verbandskollege Edwin Ochs im Verein mit zwei Brüdern das Geschäft seines Vaters. Von dieser Zeit an hat es auch in genanntem Betrieb fortwährend Lohnstreitigkeiten gegeben, indem einerseits tadellose Ausführung der Arbeiten verlangt wird, andererseits aber äußerst niedrige Akkordpreise gezahlt werden, so daß, trotzdem bei Ochs durchweg tüchtige Tischler arbeiten, fortwährend Defizits entstanden. Je nach Belieben, wurde voller Lohn gewährt; sehr oft aber mußte dieser oder jener Kollege nach Fertigstellung der Arbeit mit weniger, als dem vereinbarten wöchentlichen Lohnjah zufrieden sein. Einem Kollegen wurde der Abschlagslohn um $\text{M} 1$ gekürzt, einem zweiten um $\text{M} 2$. Um nun weitere Lohnkürzungen unmöglich zu machen und das ewig ungewisse Ablohnsystem abzuschaffen, wurde seitens der Organisation Herr Ochs im Auftrag der bei ihm Beschäftigten entsprechende Forderungen unterbreitet. Zunächst für jeden Arbeiter der Leistung entsprechend eine Abschlagssumme normiert und Garantie derselben. Ferner Wiederereinstellung eines nach unserer Ansicht nach gemäßigten Kollegen. Bemerkenswert hierbei werden, daß die verlangten Lohnsätze teilweise schon jetzt bezahlt werden, so daß eigentlich nur die Garantie des Lohnes als Forderung übrig bleibt. Eigentlich etwas Selbstverständliches. Wie aber stellt sich Herr Ochs zu diesen bescheidenen Forderungen? Derselbe Herr Edwin Ochs, früheres Verbandsmitglied (den Berliner Kollegen dürfte dieselbe noch in Erinnerung sein), mit allen Vortreffungen und nebenbei auch den Unterstützungsleistungen des Holzarbeiterverbandes genau vertraut, läßt zunächst die schriftlich übermittelten Forderungen unbeantwortet. Nach Ablauf der Frist wurde sodann die Ortsverwaltung nochmals vorstellig. Resultat: Herr Ochs erklärt, mit dem Holzarbeiterverband absolut nichts zu tun zu haben. Vielmehr sei es seine Sache, wie er mit seinen Leuten zurecht komme; übrigens hätten dieselben keine Forderungen gestellt. Punktum! Also Herr E. Ochs, welcher sich rühmt, in Berlin $\text{M} 38$ verdient zu haben, weigert sich hier, einem Tischler einen Lohn von $\text{M} 20$ zu garantieren. Eine nochmalige kurze Unterhandlung der dortigen Kollegen verlief ebenfalls resultatlos, so daß nichts anderes übrig blieb, als zum äussersten zu schreiten, und haben sämtliche Kollegen am Mittwoch, den 8. August, die Arbeit niedergelegt. Wenn Herr Ochs nicht mehr nötig zu haben glaubt, einmal zurückzudenken in seinen früheren Standpunkt als Mitglied der Zahlstelle Berlin, so wird ihm schon gezeigt werden, daß es nicht so geht, einfach die Organisation der Arbeiter zu ignorieren. Unsererseits ist alles geschehen, um den Streit auf friedlichem Wege beizulegen; Herr Ochs hat eine Probeprobe gewollt, er soll sie haben. Von den hiesigen Tischlern wissen wir bestimmt, daß sich niemand dazu hergibt, bei Ochs Arbeitswilligendienste zu übernehmen, und die Auswärtigen wissen jedenfalls nach dem Ausgeführten, wie sie sich zu verhalten haben. — Eine andere hiesige Firma, mit welcher wir uns einmal und in Zukunft jedenfalls noch mehr zu beschäftigen haben, ist die Holzwarenfabrik von Kleeberg. Herr Kleeberg ist ein sonderbarer Mann. Wohl drei Jahrzehnte hindurch hat er sein Geschäft betrieben, und während dieser langen Jahre niemals etwas in seinem Betrieb von Organisation gehört. Jetzt, nachdem sich sämtliche dort Beschäftigten organisiert haben, ist derselbe schier aus dem Häuschen. Nun, wir wollen Herrn Kleeberg gewähren lassen; er wird recht bald einsehen, daß sein Wüten gegen den „Streikverband“ unbegründet ist, und daß er sich besser stellt, die Organisation der Arbeiter für berechtigt zu halten, auch ein Wortchen mitzureden bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Uebrigens haben die Kollegen bei Kleeberg schon einen Erfolg zu verzeichnen, indem Herr K. die bisher zehnstündige Arbeitszeit in die hier übliche neun-einhalbstündige umgewandelt hat, allerdings ohne die in Lohn Beschäftigten dementsprechend aufzubessern. Es ist dies die nächste Aufgabe der Organisation, für diese Mitglieder einzutreten.

Münster i. W. (Erwiderung.) In der letzten Nummer seines Sprachrohrs schüttelte der Hohepriester aller Christen vom Stamme des christlichen Holzarbeiterverbandes die Schale seines gerechten Zornes aus über den frechen Frebler, der sich erdreistet hatte, den großartigen „Erfolg“ des „christlichen“ Streiks in Münster zu verunglimpfen. Wenn Herr Kurtscheid vermutet, der Schreiber des Artikels in der „Holzarbeiter-Zeitung“ sühne derselbe zu sein, der auch in der Bielefelder „Vollmacht“ seinen „Schutt abgelagert“ hätte, so hat ihn seine Vermutung nicht getäuscht; es ist derselbe. Diesem Artikelsschreiber ist beim Lesen der Erwiderung auf seinen Angriff der Umstand aufgefallen, daß der Herr Redakteur des „Deutschen Holzarbeiter“ es ganz vergessen hat, daß während der ganzen Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ zum Abdruck brachte, den Haupteffekt derselben, den „Erfolg“, seinen Lesern ebenfalls zur Kenntnis zu bringen. Diese wissen nun immer noch nicht, daß von 400 Schreinergejellen, die in Münster ihr kümmerliches Dasein fristen, ganze 100 dem christlichen Holzarbeiterverband eine Aufbesserung ihres Tagesbudgets um 10 bis 30 % „entstreichend“ dem Tarif zu verdanken haben. Bei langem Nachdenken habe ich indes gefunden, daß die Herren in Köln sehr schlaue gehandelt haben, als sie ihren Köglingen diese Tatsache verjährieten. Die christlichen Kollegen in Münster wissen es nämlich schon, und die anderen brauchen es nicht zu wissen. Dieselben könnten sonst lustig auf „Erfolge“ werden, und dann müßte der christliche Holz-

arbeiterverband bald Konkurs anmelden. Doch kann es uns schließlich Gottlieb Schutze sein, ob der christliche Holzarbeiterverband seine Erfolge zwecks Agitation ausposaunt oder ob er sie zwecks „Agitation“ unter den Tisch stellt. Nicht so einerlei ist es uns aber, wenn der „Deutsche Holzarbeiter“ die Erfolge der Lohnbewegungen in Cassel, Berlin, Hamburg usw. vergleichen will mit seinem „Erfolg“ in Münster. Dort wurde erst nach monatelangem Kampfe, die Unmöglichkeit eines vollen Sieges einsehend, die Forderung reduziert, während die Christen in Münster beim ersten Häuspern der Unternehmer die Flinte ins Korn warfen und davonliefen. Und dies noch, wo in Münster die Position derartig war, daß die Christen, wenn sie nur etwas rüchgratfest gewesen wären, einen wirklichen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätten. Daß der peluniäre Erfolg der Sammlungen, den der deutsche Textilarbeiterverband in Grimmitzschau erzielte, unsere verehrten christlichen Gewerkschaften schwer verdrossen hat, glauben wir ja ganz gern, besonders, da sie ihren Mitgliedern verboten hatten, sich an den Sammlungen für Grimmitzschau zu beteiligen. Interessant ist es, bei dieser Gelegenheit einen Vergleich zu ziehen zwischen der Opferwilligkeit „frei“ organisierter und „christlich“ organisierter Arbeiter. Gatten erstere aus Anlaß der Grimmitzschauer Bewegung eine Summe von $\text{M} 1300000$ zusammengebracht, was pro Mitglied der Gewerkschaften ungefähr $\text{M} 1,50$ ausmacht, so hatten die letzteren aus Anlaß der Coesfelder Weberausperrung vor zwei Jahren, laut „Kölnische Volkszeitung“, ganze, sage und schreibe, $4\frac{1}{2}$ % pro Mitglied aus reiner „christlicher“ Nächstenliebe geopfert. Starker Tabak ist es, wenn das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes von langer Unterstützung der Streikenden faßelt. Im Punkt „Geldangelegenheiten“ sollten doch die Herren in Köln nicht mit Steinen um sich werfen. Die christlichen Maurer müssen die aus Anlaß ihrer Lohnbewegung aus der Lokalfasse erhaltene Unterstützung sogar zurückerhalten. In Grimmitzschau wurden 7000 Arbeiter 22 Wochen lang unterstützt, in Münster wurden 200 Maurer drei Wochen lang unterstützt. Und was den christlichen Holzarbeitern hier erbliht wäre, wenn die Ausperrung perfekt geworden wäre, läßt sich wohl denken. War doch die ganze erste Seite des „Deutschen Holzarbeiter“, worin der Welt die furchtbare Melbung gemacht wurde, daß 500 christliche Holzarbeiter in Münster ausgesperrt werden sollten, ausgefüllt mit einem herzerregenden Aufruf, selber zu sammeln für die Kollegen in Münster. Da würde die Unterstützung recht mager ausgefallen sein und, dies einsehend, war es besser, man gab sich mit einem „Erfolg“ zufrieden.

Stegen. Nach vielen Bemühungen ist es unseren Gegnern endlich gelungen, uns unser bisheriges Versammlungslokal „Hotel Viktoria“ zu entziehen. Dazu würde es allerdings nicht gekommen sein, wenn die Kollegen ihren Verkehrtwirt besser unterstützt hätten. Nun dürfte es schwer sein, ein geeignetes Lokal wieder zu bekommen, da die Polizei solche Wirte stets bedrängt, andererseits unsere Organisationen außer Stande sind, einen Wirt ganz allein über Wasser zu halten. Denn außer den 20 Mitgliedern unseres Verbandes sind noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter am Orte: Maler 45, Buchdrucker 45 und Maurer 20. Es könnte uns vieles besser sein, beispielsweise in unserem Berufe, wo wir von 80 einheimischen Kollegen nur einen organisiert haben. Es herrscht hier eben noch eine zu große Gegnerschaft gegen alles, was Arbeiterbewegung heißt. Natürlich sind auch die Arbeitsverhältnisse dementsprechend ungünstig. Eifbis zwölftündige Arbeitszeit und 28 und 30 3 Stundenlohn sind keine Seltenheiten. Wird die Arbeit knapp, so fliegen natürlich zunächst immer die Verbandskollegen auf die Straße. In fünf der größten Betriebe sind sogar nicht einmal Verbandskollegen beschäftigt. Schuld an diesen Zuständen haben sehr viel mit die durchreisenden Kollegen, die sich durchaus nicht immer der Würde des Verbandes entsprechend bewegen. Würden die zureisenden Kollegen sich stets so verhalten, wie es einem organisierten Arbeiter geziemt, so würde sich in den Arbeitsverhältnissen schon vieles bessern. Zum Schluß müssen wir an die hiesigen Kollegen die Mahnung richten, stets den Verband hochzuhalten, das bietet uns die beste Hoffnung auf bessere Zeiten auch für unsere Organisation.

Verden. In unserer Mitgliederversammlung am 30. Juli hielt der Kollege Richard Schmidt aus Bremen einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe, im besonderen der augenblickliche Kampf in Bremen“. Redner verstand es, den Kollegen ein Bild vor Augen zu führen, wie die Verhältnisse in Bremen augenblicklich liegen. Leider hatten die Kollegen der größten am Orte befindlichen Fabrik von Wöhler es nicht der Mühe wert gehalten, in der Versammlung zu erscheinen, trotzdem dieselben hierzu durch Handzettel besonders eingeladen waren. Beschäftigt sind in der Fabrik ja. 75—80 Kollegen, hiervon sind ganze 13 organisiert, was doch sehr beschämend ist, da die Verhältnisse namentlich in der letzten Zeit derartige sind, daß die Kollegen alle Ursache hätten, sich zu organisieren. Aber die guten Deutschen glauben, wenn sie nur bei Wöhler arbeiten können, daß sie dann eine Lebensstellung haben und sie sich um nichts mehr zu kümmern brauchen. Jedenfalls glauben die Kollegen, daß ihnen dann die gebatrenen Tauben in den Hals fliegen, dem ist aber nicht so. Denn wenn man mit den Kollegen einzeln spricht, so kann man Dinge zu hören bekommen, die eines Arbeiters unwürdig sind. Aber leider gibt es da noch eine Anzahl Arbeiter, die da glauben, wenn sie mit Herrn Wöhler recht schön liebäugeln, daß sie dann sich bei ihm ein großes Ansehen verdienen können und Herr Wöhler versteht es ja als Geschäftsmann vorzüglich, diesen Sklavensinn seiner Arbeiter sich zu Nutzen zu machen. Aber die Kollegen werden hoffentlich doch auch noch mal zur Einsicht kommen, daß es für sie besser ist, wenn sie sich der Organisation anschließen; wenn sie auch heute noch glauben, daß sie es nicht nötig haben, sich zu organisieren, so werden die Verhältnisse sie mit Naturwendigkeit dazu zwingen, sich der Organisation anzuschließen. Denn es hat schon mancher geglaubt, für ihn habe der Verband keinen Wert und doch hat er sich eines besseren belehren lassen müssen. Daß der Unternehmer nicht danach fragt, ob der Arbeiter 10, 20 oder 30 Jahre ihm seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt und dazu beigetragen hat, ihn zu einem immer kapitalkräftigeren Mann zu machen, das haben wir erst wieder in letzter Zeit in Bremen gesehen, wo das Unternehmertum Leute auf das Straßenpflaster geworfen hat, die früher auch glaubten, sie hätten die Organisation nicht nötig, trotzdem dieselben schon 10—35 Jahre in einem und demselben Geschäft ihre Arbeits-

kraft abgenutzt haben. So kann es auch den Kollegen in der Wöhler'schen Fabrik noch einmal ergehen. Eher sehen die Kollegen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammenstehens nicht ein, daß Herr Wöhler zu denjenigen Unternehmern zu rechnen ist, die sich den Teufel darum lächeren, wie es ihren Arbeitern geht, das hat Herr Wöhler in der letzten Zeit erst wieder bewiesen. Darum, Kollegen, rufen wir euch zu: Organisiert euch alle samt und sonders; denn nur geschlossen könnt ihr eine Macht bilden, erst dann seid ihr in der Lage, auch mit dem Unternehmer ein Wort zu reden und euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Darum, Kollegen: hinein in die Organisation!

Eingelandt.

Mit Freuden begrüße ich die in Nr. 30 der „Holzarbeiterzeitung“ von dem Kollegen Drehler in Wurg bei Magdeburg gegebene Anregung, betreffend die Drehler in der Massenartikelbranche. Wenn irgendwo eine Aenderung bezw. Besserung der bestehenden Verhältnisse mehr als notwendig erscheint, so ist es hier der Fall. Sehr richtig bewertete der Kollege Drehler das Schädliche des indirekten Warenverkaufes, eine Gepllogenheit, welche den Vergleich mit dem in Bayern beliebten jämmerlichen Kommissionsystem der Spielwaren- und Musikinstrumentenbranche vollkommen ausfällt. Dazu kommt noch die verwerfliche Zucht-haustourneuz. Aber was noch besonders hemmend der Organisation in den Weg tritt, das sind an sehr vielen Orten die Kollegen selbst. Du lieber Himmel, was für ein Material ist hier organisatorisch zu bearbeiten! Hier sind sie noch zu finden, die Leute, von denen Kassale einst sagte: man müsse ihnen überhaupt erst begreiflich machen, daß sie sich in einer elenden Lage befinden. Meine Erfahrungen in dieser Beziehung liegen allerdings schon einige Jahre zurück, und es mag sich in letzter Zeit manches gebessert haben, aber zweifellos ist hier noch ein sehr schweres Stüt Arbeit zu leisten. Eine planmäßig eingeleitete Agitation, eine Aussprache der in Betracht kommenden Kollegen, welche mit der Materie durchaus vertraut sind, würde meiner Meinung nach von wesentlichem Nutzen sein. Es würde Opfer an Zeit und Geld kosten, aber ich meine, zum Ausbau der Organisation dürfen sie eben nicht gescheut werden. Vielleicht tritt Leipart als engerer Verbandskollege der Sache näher und leitet die notwendigen Schritte ein. **M. P., Breslau.**

Eslingen a. N., den 2. August 1904.

Bei der am 31. Juli d. J. in Eslingen abgehaltenen Konferenz der 34. Wahlabteilung, welche über die vom Hauptvorstand der Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler (Zuschußklasse) gestellten Abänderungsanträge zu beraten hatte, waren von 24 Jahrestellen 16 vertreten. Diefelbe wurde vom Bevollmächtigten, R. Meier, Eslingen, eröffnet und die Tagesordnung bekannt gegeben. Nach reichlicher Diskussion wurden zu verschiedenen Anträgen Aenderungen vorgeschlagen, und zwar zunächst zu § 9 Ziffer 5 soll ein 14. Beitrag nicht erhoben, dagegen eine Erhöhung des bisherigen in jeder Klasse und Woche eingeführt werden. Zu § 13 lautet der Vorschlag, die Unterstützung zu belassen wie bisher, wofür 14 gegen 2 Stimmen abgegeben wurden. Ein weiterer Antrag hierzu, die Dauer der Unterstützung auf ein halbes Jahr voll, auf ein viertel Jahr hälftig festzusetzen, wurde mit Majorität abgelehnt. Zu den übrigen Anträgen des Hauptvorstandes wurde eine Einwendung nicht erhoben, worauf die Konferenz nach einigen internen Kassenangelegenheiten mit dem Wunsche, daß die demnächstige Generalversammlung den richtigen Weg finden möge, um die derzeit ungünstigen Kassenverhältnisse wieder vorteilhafter zu gestalten, geschlossen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Lohnbewegung der Tischler in Leipzig befindet sich vorläufig noch im Stadium der Verhandlungen. Auf unser, die Forderungen enthaltendes Schreiben haben die Arbeitgeberorganisationen geantwortet, daß sie bereit seien, mit uns zu unterhandeln. Es fand darauf am 8. d. M. eine Unterhandlung statt, die 5 1/2 Stunden währte. Die Unternehmer machten uns nur geringe Zugeständnisse. Der Forderung auf Einführung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises, über die 2 1/2 Stunden verhandelt wurde, lehnten sie entschieden Widerstand entgegen. Schließlich stellten sie Ernennung einer Kontrollkommission über den Holzindustriellenachweis in Aussicht, vorbehaltlich der Genehmigung der beteiligten Arbeitgeberorganisationen. Die neunstündige Arbeitszeit sollte erst ab 1. April 1905 bewilligt werden. An Mindestlohnlos für Tischler, Polierer und Weizer sollte anstatt 50 $\text{M} 44$ M gewährt werden und ab 1. September 1905 eine weitere Erhöhung um — 2 M eintreten; jugendliche Gehältern bis zu 20 Jahren sollten anstatt 43 nur 40 M erhalten, Maschinenarbeiter, soweit dieselben gelernt sind, 43 M ; weiter sollte im allgemeinen ein Lohnzuschlag von 5 pZt. statt, wie gefordert, von 10 pZt. werden. Der Vautischlerartier sollte einer besonderen Kommission zur Durchberatung überwiefen, in den Spezialbetrieben statt der geforderten 10 pZt. Zuschlag auf alle Akkordpreise nur 3—10 pZt. gewährt werden. Die Extraentschädigung für Montagearbeiten am Orte wurde zunächst abgelehnt, dann 5 M pro Stunde bewilligt. Alle anderen Punkte wurden zustimmend erledigt, nur die Forderung: „Aufrechnung von sogenanntem Defizit darf nicht stattfinden“, wurde wieder mit dem „Prinzip des Arbeiterschutzbundes“ bekämpft, obwohl diese Aufrechnung in Leipzig nur in zwei bis drei Betrieben stattfindet. Schließlich wurde folgendes Zugeständnis gemacht: Aufrechnung eines sogenannten Defizits darf bei Aufzertigung neuer, nach Zeichnung zu liefernden Arbeiten nicht stattfinden. Der korporative Arbeitsvertrag sollte auf fünf Jahre abgeschlossen werden mit vierteljährlicher Kündigungsfrist. Demgegenüber erklärten wir, daß wir bereit langfristige Tarife nicht abschließen könnten, abgesehen davon, daß die gemachten Zugeständnisse überhaupt nicht derart seien, um in den Abschluß eines solchen Vertrages zu willigen. Hierauf wurden die Verhandlungen zwecks Rücksprache der Kommissionen mit ihren Auftraggebern abgebrochen. Am 11. ds. Mts. wurde uns durch Schreiben mitgeteilt, daß der Holzindustriellenverband die Einrichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises ablehnte; nur die Tischler-Zwangsgewinnung stimmte dieser unserer Forderung

zu. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde von beiden Arbeitgeberorganisationen abgelehnt, sowie auch jeder Ausschlag von Montagsarbeit am Orte. Die Vereinbarungen sollten ab 1. September 1904 bis 1. September 1907 und zuerst kündbar für 1. Dezember 1907 gelten.

Es ist nur selbstverständlich, daß die am 12. d. Mts. stattgefundene, von 2500 Kollegen besuchte Versammlung, in der Gericke über die Verhandlungen Bericht erstattete, diese Zugeständnisse in den Hauptpunkten für unannehmbar, weil ungenügend, bezeichnete. In einer einstimmig votierten Resolution wurde weiter ausgesprochen: „Um eine Einigung zu erreichen, beauftragt die Verwaltung, nochmals mit den Arbeitgeberorganisationen in Verhandlungen baldigst einzutreten. Die Beteiligten erwarten, daß bis längstens Dienstag, den 18. August, die Differenzen in ihren wesentlichen Teilen zur Erledigung gebracht werden, und behalten sich dieselben vor, über weitere Maßnahmen am gleichen Tage zu beschließen.“ Nach dem Bericht Gerickes haben bis jetzt 12 Firmen mit 126 Arbeitern die Forderungen unterschriftlich anerkannt. Er warnt vor Sonderabmachungen. Der Arbeitsnachweis in der Bachhofstraße ist unter allen Umständen zu meiden. Der Zugang nach Leipzig ist streng zu meiden. Die Kollegen der Vorortzählstellen mögen das besonders beachten, aber auch die gesamte deutsche Kollegschaft ist gehalten, das zu beherzigen.

Die Lohnbewegung der Tischler Halberstadts regreich beendet. Wie bekannt sein dürfte, standen die hiesigen Tischler in einer Lohnbewegung, welche schrittweise vor sich gehen sollte. Nachdem sich die Kollegen der Firma Wierlimpel zwei Wochen im Streik befanden, glaubten die übrigen Tischlermeister, davon verschont zu bleiben, aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als dann am 9. August vier Kollegen der Firma Fr. Krone wegen Streitarbeit die Arbeit niederlegten und die Kollegen der größten Bauwerkstätte von W. Kühne hierorts ihre Forderungen einreichten, sahen sich veranlaßt auch die beiden letzteren gezwungen, die übrigen Tischlermeister Halberstadts dazu zu bewegen, eine Einigung mit der Lohnkommission des Holzarbeiterverbandes anzubahnen. Die hiesigen Tischlermeister hielten daher am 11. August eine Versammlung ab, und sahen sich, wie aus ihrem Schreiben hervorgeht, welches dieselben an unseren Obmann der Lohnkommission, Kollegen Müller, richteten, gezwungen, über die augenblicklichen streitigen Fälle mit unserer Lohnkommission in Verbindung zu treten. Zu diesem Zwecke wählte die Meisterversammlung eine Lohnkommission aus sechs Mitgliedern, um mit der siebenköpfigen Kommission unserer Kollegen in Beratung zu treten. Beide Kommissionen traten darauf am folgenden Tage, den 12. August, zusammen, um über unsere Forderungen zu unterhandeln: 1. Lohnzuschlag pro Stunde 5 %; 2. Festsetzung eines Minimallohnes von 35 %; 3. Extrazuschädigung für Ueberstunden bis 9 Uhr 5 %, von da ab für Nacharbeit 20 %, Sonntagsarbeit 10 % und für Umzüge 5 % pro Stunde extra.

Nach fünfständiger Verhandlung kamen wir in späterer Nachtstunde zu einer Einigung und erzielten nach hartem Kampf einen Lohnzuschlag von 8 % pro Stunde, einen Minimallohn für die Kollegen inkl. zweites Gesellenjahr von 30 %, vom dritten Gesellenjahre einen solchen von 32 %, Extrazuschädigung für Ueberstunden bis 9 Uhr 5 %, von da ab bis Morgens 6 Uhr 20 %, für Sonntagsarbeit 10 %, für Umzüge einen solchen von 5 % pro Stunde extra. Der abgeschlossene, beiderseitig unterschriebene Vertrag, welcher am 15. August d. J. in Kraft tritt, wird den Funktionären der Arbeitgeber, sowie den Arbeitnehmern zugestellt werden. Eine am Sonntag, den 14. August, Vormittags, stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung hat den Vertrag einstimmig akzeptiert und können wir auch zweifellos mit dem Erreichten, ohne daß es zu weiterer Arbeitsniederlegung kommen mußte, zufrieden sein. Auch unsere Zahlstelle hat durch die Bewegung eine recht erfreuliche Stärkung erfahren. Es liegt nun an den Kollegen Halberstadts, das Erreichte hoch zu halten. Sorge nun ein jeder dafür, daß unsere Organisation auf der gleichen Höhe bleibt. Wir können hier wiederum sehen, daß nur durch kräftigen Zusammenschluß etwas zu erreichen ist. Darum, Kollegen Halberstadts, agitiert weiter für die Ausbreitung unserer Ideen, vereinzelt sind wir nichts — vereinigt unbeflegbar.

Die Differenzen der Tischler bei der Firma Dörs in Mülhausen in Thür. sind beigelegt. Die beteiligten Kollegen haben, nachdem die gestellten Forderungen bis auf eine Kleinigkeit bewilligt wurden, am vergangenen Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn nun auch Friede geschaffen ist, so haben wir alle Ursache, unser Augenmerk auf die Dörsche Kude zu richten. Allem Anschein nach genügt die verabsolgte Forderung nicht, das zeigt schon wieder das Verhalten des Herrn Dörs gegen einen Kollegen, dem er für zwei Wuffsels M. 100 angeboten hat, wo mindestens M. 150 bezahlt werden müssen. Es läuft alles darauf hinaus, den betreffenden Kollegen hinauszuwerfen. Es muß also vorläufig noch von der Dörschen Werkstatt Zugang fern gehalten werden.

In Oßernhan hat Herr Gustav Meuter die zehnständige Arbeitszeit und 10 pZt. Lohnerhöhung bewilligt. Zugang ist demnach nur noch fernzuhalten nach der Werkstatt von Paul Meuter.

Der Streit der Stuttgarter Bauwerkmeister ist beendet. Auf Veranlassung der Firma Schillingen fanden letzten Montag mit den beteiligten Arbeitgebern Verhandlungen statt, wobei ihrerseits die Forderung gemacht wurde, künftig auf 80 h arbeiten zu lassen. Um jedoch eine Verständigung von Organisation zu Organisation herbeiführen zu können, mußte in den schriftlichen Vereinbarungen der Passus beibehalten werden: „Arbeitszeit soll möglichst vermieden werden ev. muß der Abschlag in Höhe des vereinbarten Stundenlohns ausbezahlt werden.“ Die übrigen Forderungen: Wöchentliches Lohnarbeit, 25 bzw. 50 pZt. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, ferner betreffend Entschädigung bei Arbeiten außerhalb und Vergütung des eigenen Werkzeugs der Bauanschläger, wurden bewilligt. Außerdem wurde eine Erhöhung, des Stundenlohnes je um 2 bis 5 % zugestanden. Mittwoch, den 10. August, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Allerdings haben sich ihre Reihen in den sieben Wochen ziemlich gelichtet, doch ein Abtrünniger war nicht zu verzeichnen. Auch im übrigen stellten sich Arbeitswillige nur vereinzelt ein,

selbständige Meister zweifelhafter Sorte. Bedingt durch Unterbringen von Arbeiten auf dem Lande konnten sich die bedrängten Firmen zu helfen suchen. Es mag ein kostspieliger und oft auch unsicherer Versuch gewesen sein. In Wernberg beispielsweise wurde die Streitarbeit verweigert, indem dort Montag, den 1. August, die Arbeiter zweier Geschäfte geschlossen in den Ausstand traten. Die entschlossene Haltung der dortigen erst kurze Zeit bestehenden Zahlstelle verdient Anerkennung.

In der Modell- und Bauwerkerei der Maschinenbauanstalt Humboldt in Kall bei Cöln sind Differenzen ausgebrochen. Es wird den Kollegen dort zugemutet, in eine elfenhalbständige Arbeitszeit einzuwilligen. Da eine Einigung über einen Zuschlag für die Ueberstunden bis jetzt nicht erzielt wurde, die Firma vielmehr den Standpunkt einnimmt, Herr im Hause zu sein, so eruchen wir, ein Arbeitsangebot der Firma vorläufig zurückzuweisen, bis die Herren eines besseren belehrt sind.

Die Holzarbeiter Bochums haben mit ihren Unternehmern einen Lohnvertrag vereinbart, der ihnen die zehnständige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 2 % pro Stunde garantiert. Wir kommen darauf zurück. Bei der Firma Gaalert in Bochum-Hofsiede stehen die Kollegen wegen Nichtanerkennung des Tarifs in Kündigung.

Lohnbewegung in Herne. Ermutigt durch die Erfolge der umliegenden Zahlstellen, sahen sich auch die Kollegen hier am Orte veranlaßt, ihre Lebenslage etwas zu verbessern und den Unternehmern einen Tarif zu unterbreiten. Hauptpunkte sind: zehnständige Arbeitszeit, 5 % Lohnhöhung pro Stunde, zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit 40 % Lohn, für auswärtige Arbeiten entsprechende Zulage und Sicherstellung des Stundenlohnes bei Affordarbeit. Dieser Tarif wurde den Unternehmern am 1. August zugesandt und Antwort bis zum 10. August erbeten. Dagegen wir, bei diesen minimalen Forderungen nicht auf Widerstand zu stoßen, so hatten wir doch weit gefehlt, denn die Unternehmer hielten es nicht einmal für nötig, zu antworten. Um die Sache dennoch glücklich zu regeln, wurde die Lohnkommission mit jedem Unternehmer einzeln vorstellig. Doch ließen sich dieselben zu keinen annehmbaren Zugeständnissen bewegen; besonders schien sich Herr Schreinermeister Grebe herbeizusetzen, indem er die Kommission kurzerhand an die Luft beförderte. In einer darauf zahlreich besuchten Versammlung beschloßen die Kollegen einstimmig, Sonnabend, den 13. August, die Kündigung einzureichen. Da die Konjunktur am Orte eine günstige ist, so hoffen wir, wenn der Zugang ferngehalten wird, auf einen vollen Erfolg.

Herr Heuser in Barmen, Stockfabrikant und Drechslerwarenfabrikbesitzer dafelbst, hat bei Abschluß des Tarifvertrages erklärt, er wolle alle Arbeiter wieder einstellen, nur habe er zur Zeit keine Aufträge, infolge der langen Dauer des Streiks wären ihm diese zum großen Teil entzogen, er wolle aber je nach Eingang von Kommissionen die Leute aus den einzelnen Abteilungen wieder hereinholen. Er hat nun allerdings, soweit es die Drechsler betrifft, sein Wort gehalten und davon den letzten Kollegen am 10. d. Mts. wieder eingestellt, wenn auch hierbei festgestellt werden soll, daß er auch versucht hat, die Leute, die in anderen Betrieben untergebracht waren vorzuziehen. In der Stockgriffabteilung hat er aber von den bisherigen noch verbliebenen zwei Kollegen keinen wieder eingestellt und hat sich dann auch tatsächlich ein „nützliches Element“ gefunden, das die Stelle des einen Kreisriepfers einnahm, trotz gewordener Aufforderung. Ja, dieser „Auchkollege“ brachte es über sich, dem Heuser Mitteilung davon zu machen, daß Arbeiter des Betriebes ihn veranlassen wollten, seine unkollektive Handlungsweise aufzugeben. Wir wollen der Deffenlichkeit den Namen dieses Kollegen nicht vorenthalten, es ist der Drechsler Mag Lampenschert, wohnhaft in Ohligs. Seitens der Zahlstelle ist über die Stockgriffabteilung der Firma Fritz Heuser in Barmen die Sperre verhängt worden. Anschließend hieran veröffentlichten wir die Liste der Arbeitswilligen; die, welche stehen geblieben, sind mit Stern bezeichnet, die anderen haben während des Streiks oder der Sperre die Arbeit aufgenommen: *Thomas Engels, Drechsler, geb. 21. 7. 56; *Eduard Breithardt, Hülsarbeiter, geb. 14. 6. 64; *Mag Lampenschert, Drechsler, geb. 14. 7. 78; *Robert Spahn, Wäcker, geb. 11. 1. 62; *Heinrich Müller, Drechsler, geb. 4. 5. 51; *Gustav Gehardt, Hausknecht, geb. 31. 12. 62; August Wintermeyer, Drechsler, geb. 18. 6. 84; Franz Nach, Drechsler, geb. 28. 2. 65; Wilhelm Vollbracht, Hülsarbeiter, geb. 7. 1. 79; Ludwig Wolf, Drechsler, geb. 12. 2. 84; Edmund Fuchs, Hülsarbeiter, geb. 22. 4. 82; Robert Frank, Hülsarbeiter, geb. 29. 3. 76; Jakob Neils, Drechsler, geb. 23. 11. 84; Ernst Hebelmann, Drechsler, geb. 25. 3. 81; Wilhelm Meckesfel, Drechsler, geb. 14. 4. 84; Paul Kobs, Hülsarbeiter, geb. 16. 12. 85; Walter Eilenberg, Kellner, geb. 29. 7. 73; Heinrich Hädel, Hülsarbeiter, geb. 21. 4. 74; Robert Witte, Hülsarbeiter, geb. 11. 7. 85.

Zur Situation in Bremen. Der Stand des Streiks in Bremen hat sich bis jetzt noch sehr wenig geändert. 24 Meister haben bis jetzt die Forderungen anerkannt, doch sind dies zum größten Teil kleinere Geschäfte, welche 1—3 Gesellen beschäftigen. Die Kommission der Meister gibt sich die erdenklichste Mühe, um diese Meister zu veranlassen, daß sie ihre Unterschrift wieder zurückziehen, was bis jetzt in drei Fällen gelungen ist. Einigungsverhandlungen im Baugewerbe, welche von seiten des Vorliegenden des Gewerbegerichts eingeleitet waren, hatten noch keinen Erfolg. Die Bauprozen bestehen noch immer auf ihrem Standpunkt, daß die Vertragsbedingungen verschlechtert werden müssen. Die von Bauunternehmern abhängigen Tischlermeister dürfen selbstverständlich auch nichts bewilligen. Die Meister versuchen nun, die Arbeit auswärts fertigstellen zu lassen und wollen wir an dieser Stelle die Kollegen nochmals auffordern, ein sehr wachsameres Auge zu haben auf diese Angelegenheit. Die umliegenden Ortschaften von Bremen sind von den Meistern abgesehen, um die Arbeit dort fertigstellen zu lassen, doch sind diese Meister mit sozialer Aufträgen versehen, daß sie die Bremer Arbeit nicht mehr annehmen konnten. Zugang von auswärts ist bis jetzt nicht viel zu verzeichnen, trotz der vielen Bemühungen der Meister, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Das Ende des Kampfes ist nicht abzusehen. Die Aufmerksamkeit der Kollegen muß deshalb nach wie vor auf Bremen gerichtet sein.

Die Holzarbeiter in Spandau haben seit Bestehen der Zahlstelle das erste Mal eine Lohnforderung auf der ganzen Linie den Unternehmern eingereicht. Sie forderten statt der zehnständigen Arbeitszeit, die neunständige mit 10 pZt. Lohnzuschlag, dann die Anerkennung des Berliner Netto-Tarifs und für Ueberstunden, wenn dieselben absolut notwendig sind, bis 8 Uhr Abends 20 pZt., nach 8 Uhr und Sonntags 60 pZt. Lohn resp. Affordzuschlag. Die Unternehmer hatten darauf an die Lokalverwaltung folgende Zugeständnisse gemacht: Statt 10 Stunden, 9½ Stunden täglich bei 5 pZt. Lohn-erhöhung. Den Tarif wollten sie, als für Spandau nicht maßgebend, nicht anerkennen und Ueberstunden sollten der Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen obliegen, hatten aber eine siebenköpfige Kommission gewählt, welche mit den Gesellen unterhandeln sollte. Wir wählten darauf ebenfalls sieben Kollegen, die am 1. August mit der Kommission zusammentrat. Es wurden da nachstehende Beschlässe gefaßt: Vom 16. August 1904 beträgt die Arbeitszeit 9½ Stunden bei 5 pZt. Lohn-erhöhung. Die Ueberstunden sind, wenn absolut nötig, bis 8 Uhr Abends mit 10 %, nach 8 Uhr und Sonntags mit 20 % für jede Stunde für Lohn resp. Affordarbeiter mehr zu bezahlen. Betreffs der neunständigen Arbeitszeit und nochmals 5 pZt. Lohn-erhöhung soll bis zum 1. April 1905 unterhandelt werden. Ebenfalls soll bis dahin ein Affordtarif für Spandauer Verhältnisse nach Gegenseitigkeit vereinbart werden und event. zum 1. April nächsten Jahres beides in Kraft treten. Die Einteilung der Arbeitszeit bleibt den einzelnen Betrieben überlassen. Diese Beschlässe der Kommission wurden von den Kollegen in außerordentlicher Versammlung anerkannt, ebenso von der Meisterversammlung. Wir haben somit, dank unserer guten Organisation ohne Kampf unsere Lage bedeutend verbessert und werden das übrige zum 1. April nächsten Jahres nachholen. Anders steht es mit den Korbmachern bei uns. Dieselben befinden sich seit dem 28. Juli bei der Firma Krüger in einem Abwehrstreik. Es sind dort zuletzt für edige Kugelförbe M. 1,75 gezahlt worden, nun will der Unternehmer nach der letzten Submision nur noch M. 1,60 zahlen mit der Motivierung, daß es in Wernburg nur M. 1,50 für dieselben Körbe gibt, in Berlin gar noch weniger. Die Kollegen erklärten dem Herrn Krüger, daß der Preis bei dem schlechten Material und der dazwischen kommenden Kundschaftsarbeit dem Wernburger Preis kaum angemessen sei. In einem Schreiben an den Hauptvorstand beschloß Herr Krüger, den Streik als unberechtigt hinzustellen. Die Kollegen, welche von dem Schreiben durch den Gauvorsteher Kenntnis nahmen, protestierten auf das allerentschiedenste gegen die in dem Schreiben enthaltenen Unwahrheiten. Da nun augenblicklich ein Vertreter von Wernburg in Berlin ist, soll nach Hamburg geschrieben werden zwecks Vertretung von dort nach Berlin und soll am Dienstag, den 16. August, im Gewerkschaftshaus eine Konferenz stattfinden mit Berliner, Wernburger, Hamburger und Spandauer Kollegen über diese Kugelförbe. Außerdem befinden sich 30 Stellmacher und Tischler der Firma Drehschtein & Koppel im Streik, welcher sich auf sämtliche Arbeiter erstreckt.

Der Streik der hiesigen Tischler in Landsberg a. d. W. ist nunmehr beendet. Nachdem nach dreizehnwöchigem Kampfe eine Verständigung mit den Unternehmern der beiden größten Betriebe herbeigeführt war, ließen doch noch die Innungsmeister 3 Wochen länger auf sich warten. Da dieselben aber nun doch sahen, daß in den beiden Betrieben der Friede wiederhergestellt war und ihnen keine Arbeitskräfte zugelassen wurden, sahen sie doch ein, daß es an der Zeit ist, auch mit ihren Gesellen wieder den Frieden herzustellen und bewilligten gleichfalls, wie bei beiden großen Betrieben, die 8ständige Arbeitszeit und 7½—8 pZt. Lohn- und Affordzuschlag. Gefordert haben wir 67ständige Arbeitszeit und 15 pZt. Lohn- und Affordzuschlag.

Wir eruchen aber, trotzdem der Streik beendet ist, die reisenden Kollegen, unseren Ort noch zu meiden, da noch fünf Kollegen ohne Arbeit sind, und wir so wie so schon, noch ehe die Differenzen richtig beigelegt waren, von den lebigen Kollegen überlaufen wurden, welche während des Streiks den Ort verlassen haben.

Die Aussperrung der Tischler in Prag ist nach 34 wöchiger Dauer nunmehr beendet worden. Den Arbeitern ist es gelungen, den Neunstundentag zu behaupten. Das ziffermäßige Ergebnis des Kampfes ist nach unserem österreichischen Bruderorgan, dem „Holzarbeiter“, folgendes: „43 Unternehmer haben am 5. Dezember des Vorjahres ihre Arbeiter ausgesperrt, darunter 11, bei denen noch zehn Stunden gearbeitet wurde, was deutlich beweist, daß es mehr auf die Vernichtung der Organisation als auf die Wiedereinführung des Neunstundentages abgesehen war. In 22 Werkstätten gelang es, während der Dauer der Aussperrung den Neunstundentag zurückzuerobern, in zwölf Werkstätten gelang es, den Neunstundentag neu einzuführen, so daß gegenwärtig 847 Arbeiter neun Stunden täglich arbeiten, während es vor der Aussperrung bloß 794 waren. Außerdem hat eine ganze Reihe von Unternehmern zugesagt, den Neunstundentag einzuführen, sobald sie nur Arbeit bekommen, da sie infolge der langen Dauer des Kampfes absolut nichts zu tun haben. Der ganze Kampf wurde in geradzuhilflicher Ordnung geführt, obwohl sich die Polizei äußerst provokatorisch benahm. Von 200 Arrestierten wurde nur gegen 74 eine Inflagge erhoben und selbst von diesen mußten noch 41 freigesprochen werden. Gegen 10 ist das Verfahren noch nicht beendet und nur 24 wurden zu zusammen 73 Tagen verurteilt. Es stellte sich also heraus, daß nahezu 90 pZt. der Verhaftungen völlig grundlos vorgenommen wurden und nur Gefälligkeitsakte für die Scharfmacher waren.“ Die Sperre über die Werkstätten von Pechlat und Bockbauer fort.

Briefkasten.

Eberfeld, G. K. Du solltest wissen, daß Einsendungen an die Zeitung, zumal solche von so schwerwiegender Bedeutung, abgestempelt sein müssen, sollen sie veröffentlicht werden.

Wittenberge, O. Sch. Damit müssen Sie sich an den Vorstand wenden, wollen Sie eine Berichtigung der Liste der ausgeschlossenen Mitglieder.

Worms, Th. J. In dem betreffenden Prozeß ist Verurteilung eingelegt worden, doch hat ein Termin in der Sache vor dem Landgericht noch nicht stattgefunden.

Romareds. Wir werden Euer Eingekannt in nächster Nummer berücksichtigen.

